

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 1**

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Beginn: 15.37 Uhr - Ende: 20.09 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 5. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Wie bei der letzten Sitzung tagen wir auch heute im Großen Saal des Gürzenichs, und ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass entsprechend dem Beschluss des Rates vom 4. Februar zum Livestream schon die heutige Ratssitzung nicht nur über die Website der Stadt Köln übertragen wird, sondern auch über den Social-Media-Kanal der Stadt auf YouTube.

(Vereinzelt Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Frebel, Herr Tritschler und Herr Welter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Giesen, Frau Helmig und Herrn Bürgermeister Dr. Elster.

Wie immer legen wir zuerst die Tagesordnung fest. Im Entwurf der Tagesordnung sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.5 bis 4.8, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.1.2, TOP 6.1.3, TOP 10.20, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.17 bis TOP 17.19 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6 und TOP 24.7.

Abgesetzt wurden TOP 10.1, TOP 10.11, TOP 11.1, TOP 17.16.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,

SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt haben heute zum Thema *Änderung der Zuständigkeitsordnung, Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern* einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.13. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Auch das nicht. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.14 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT ebenfalls vom heutigen Tage vor. Es geht um das Thema *Beitritt zur Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland*. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Über den Sinn und Unsinn einer Resolution, die wir gerade in der letzten Ratsperiode so häufig gehabt haben, möchte ich jetzt hier nicht debattieren, aber ob das jetzt hier dringlich ist. Die Tatsache, dass es so kurzfristig hereinkommt, dass ich es noch nicht einmal als Tischvorlage hier vorliegen habe, zeigt schon, wie ich finde, dass es gar nicht dringlich gewesen sein kann, insbesondere eine Diskussion, die wir im Bundestag noch gar nicht abgeschlossen haben. Darum kann das in der Form nicht dringlich sein.

Ich appelliere gerade in Corona-Zeiten an die Antragstellerinnen und Antragsteller: Es geht nicht, ohne dass wir das als Tischvorlage oder sonst etwas haben, so etwas zu thematisieren, wenn wir einen solchen Antrag nicht haben. Das finde ich einfach eine Unverschämtheit für alle Ratsmitglieder, die unter Corona-Bedingungen in diesem Raum sind. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung?



5. Sitzung vom 23. März 2021

Seite 2

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Nicht direkt zur Reihenfolge, aber wir möchten vorschlagen, die Punkte 3.1.3 und 3.1.9 von der Tagesordnung zu nehmen.

3.1.3 hat sich aus unserer Sicht erledigt, denn eine Neuauflistung der genannten Besetzungsverfahren ist nicht nötig, da die Verfahren bisher noch gar nicht gestartet sind. Ich möchte kurz auf Tagesordnungspunkt 3.1.7 verweisen. Dort schlagen die Antragsteller ein geordnetes Verfahren zur Dezernatsbesetzung vor, und vorausgesetzt, eine Mehrheit stimmt dem zu, wird das dann der Startschuss für alle Verfahren sein, die in 3.1.3 genannt sind. Damit sind die geforderten Punkte in 3.1.3 erfüllt.

Zu 3.1.9: Die Richtlinien zur Verleihung des Karl-Küpper-Preises sehen vor, dass die Preisträgerin oder der Preisträger sinngemäß in Köln oder in Deutschland wirksam waren. Da dies bei der vorgeschlagenen Person nicht der Fall ist, hat sich der Antrag für uns auch erledigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Zum Tagesordnungspunkt 12.2 - Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf im Belgischen Viertel - möchte Volt Beratungsbedarf anmelden. Grund hierzu ist: Wir möchten klarstellen, dass auch wir als Volt das

Lebensgefühl und die Situation im Belgischen Viertel erhalten möchten und schützenswert finden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte hier nur zur Tagesordnung sprechen.

Isabella Venturini (Volt): Alles klar. Wir möchten Beratungsbedarf anmelden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Verstanden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Vielen Dank, Frau Reker. - Liebe Kolleg*innen! Ich finde nicht, dass der Antrag von der Tagesordnung gesetzt werden sollte. Zunächst einmal ist es meine und unsere Erfahrung, dass ein Antrag nicht notwendigerweise umgesetzt werden können muss, um gestellt zu werden.

Ich erinnere hier nur - um ein Beispiel zu nennen - an einen Antrag, der im Hauptausschuss, ich glaube, von Herrn Sterck von der FDP gestellt wurde. Nur, um einmal ein Beispiel aufzuführen, um das deutlich zu machen: Dort wurde ein stellenweiser Ausstieg aus den Corona-Maßnahmen oder so ähnlich vorgeschlagen. Es war von Anfang an klar, dass das nicht durchgehen kann, da allein schon die Kompetenz beim Land liegt und nicht bei der Stadt.

So, wie ich es verstanden habe, war es ein populistischer Antrag, um dem Wähler zu signalisieren, dass man arbeitet und sich zum Thema Gedanken macht. Wir machen uns zu diesem Thema auch Gedanken. Ich sehe das nicht als erledigt. Es ist nicht ganz unwesentlich, dass hier das Prinzip der Bestenauslese beim Ausschreibungsverfahren für die zu wählenden Beigeordneten berücksichtigt wird. Das sehen wir nicht genügend berücksichtigt. Deswegen möchten wir diesen Antrag durchaus heute besprechen und nicht von der Tagesordnung nehmen. - Danke schön.



5. Sitzung vom 23. März 2021

Seite 3

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe noch eine Wortmeldung. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das mit dem Karl-Küpper-Preis sehen wir nicht so. Ausweislich der Jury richtet sich dieser Preis an Menschen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung engagieren. Es ist nicht davon die Rede, dass das nur an deutsche Staatsbürger zu vergeben ist. Insofern plädieren wir dafür, diesen Antrag auf der Tagesordnung zu lassen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse gleich darüber abstimmen, aber ich frage jetzt erst noch, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Dann lasse ich nacheinander abstimmen. Ich sage vorher, worüber ich abstimmen lasse, und zwar, ob 3.1.3, 3.1.9 und 12.2, wo Beratungsbedarf von Frau Venturini geltend gemacht worden ist, auf der Tagesordnung bleiben oder abgesetzt werden.

Ich rufe als Erstes den Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf. Gibt es Gegenstimmen gegen die Absetzung? - Das sind die FDP, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann und die SPD.

(Christian Joisten [SPD]: Und DIE LINKE, glaube ich, auch!)

- Und DIE LINKE. Entschuldigung!

(Zuruf: Und Die PARTEI!)

- Und Die PARTEI ganz hinten. Okay.

Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Ich rufe jetzt die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf. Gibt es Gegenstimmen gegen die Absetzung? - Das ist die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der TOP abgesetzt.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 12.2 auf: Beratungsbedarf der Partei Volt. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Bei der AfD. Dann ist hier verschoben, also der Beratungsbedarf festgestellt.

Meine Damen und Herren, jedem von Ihnen ist das klar: Auch bei dieser Sitzung ist von uns allen wieder viel Disziplin gefragt, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen so weit wie möglich verzichten bzw. diese zu Protokoll geben. Dafür bedanke ich mich ganz ausdrücklich und frage jetzt, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung noch einmal abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir beginnen mit dem öffentlichen Teil.

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE betr. „Änderung der Zuständigkeitsordnung des Digitalisierungsausschusses“ AN/0540/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln AN/0622/2021

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 4**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Als Erste hat - wenn ich jetzt keine Wortmeldung von Bündnis 90/Die Grünen sehe - Frau Steinmann das Wort.

(Lisa Steinmann [SPD]: Herr Jeschka wollte reden! Das ist der Ausschussvorsitzende!)

Ich habe keine Meldung. Darum habe ich extra noch einmal gefragt. - Herr Jeschka.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab würde ich gern noch einen Änderungsantrag mündlich stellen, bevor wir zu dem Punkt 3.1 kommen, und zwar würden wir gern in dem Beschlusstext unter 1.4 das Wort *vorab* streichen.

Ich kann auch gern einfach weiterreden zu dem Antrag. Ich dachte, wir stimmen jetzt darüber ab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie dürfen auch weitersprechen. Wir haben das aufgenommen. Dieser Änderungsantrag war so kurz, weil er nur ein Wort umfasst, dass wir das, glaube ich, auch ohne schriftliche Mitteilung entgegennehmen können.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Okay. - Dann zum eigentlichen Antrag.

Ich und wir alle, glaube ich, sind sehr froh darüber, dass wir mit etwas Verspätung es jetzt doch geschafft haben, eine Zuständigkeitsordnung vorzulegen. Die digitale Transformation ist in vollem Gange, und wir als Stadt haben jetzt endlich die Möglichkeit, vornweg zu gehen oder hinterherzulaufen.

Wir sehen Digitalisierung bzw. die digitale Transformation als ein Querschnittsthema, das Einfluss auf fast alle Lebensbereiche heutzutage hat. Wir sehen diese Zuständigkeitsordnung als Möglichkeit, im Digitalisierungsausschuss viele Möglichkeiten in Bezug auf die Digitalisierung zu bündeln und andere Ausschüsse in der Transformation zu unterstützen.

Dabei wollen wir natürlich kein Buzzword-Bingo betreiben und einfach mit Begriffen wie Open Source, CDO, KI oder Blockchain um uns schmeißen, als wäre es Konfetti an Karneval, sondern wir wollen die Digitalisierung für alle Kölnerinnen und Kölner vorantreiben.

Meine Partei Volt hat im Wahlkampf bereits damit geworben, dass wir die Digitalisierung wie in Estland realisieren wollen. Nichts weniger haben wir mit diesem Ausschuss vor. Wir haben noch vier Jahre Zeit dafür und wollen auch sofort loslegen. Deswegen bitte ich Sie alle, diesem Antrag zuzustimmen.

Lassen Sie mich noch ein Wort verlieren: Die Inzidenz liegt in Köln seit neun Tagen in Folge über dem Wert von 100, und dennoch sitzen wir mit fast 100 Menschen hier im Saal. Das liegt nicht an mangelnder Digitalisierung, sondern an fehlender Handlungsbereitschaft des Landes NRW. Ich möchte an dieser Stelle deshalb bitte an die Landesregierung und an alle Parteien, die in der Landesregierung bzw. im Landtag vertreten sind, appellieren, uns endlich auf kommunaler Ebene die Möglichkeit einzuräumen, digital zu tagen. Ein spätes Handeln mitten in der dritten Welle ist besser als gar kein Handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann frage ich nach weiteren Wortmeldungen. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ratsgruppen haben einen kleinen Änderungsantrag vorgelegt, den Sie sicherlich auf Mandatos finden. Es geht da nur um zwei oder drei Wörtchen, die wir bitten zu ändern.

Beim zweiten Punkt von I Abs. 2 bitten wir darum, dass in der vorberatenden Zuständigkeit auch das Livestreaming aufgenommen wird. Wir hatten in einer der letzten Ratssitzungen gerade das Livestreaming erfreulicherweise gestärkt. Wir denken, dass sich der Ausschuss auch explizit um



dieses Thema in seiner Zuständigkeit kümmern sollte. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann würde ich gern die Kämmerin um ihre Wortmeldung bitten.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank erst einmal für die Erläuterung der verschiedenen Anträge zur Festlegung der Zuständigkeitsordnung des Digitalisierungsausschusses.

Ich würde gern zur Klarstellung an der Stelle noch zwei Worte bezogen auf den Änderungsantrag von Ihnen, Herr Jeschka, sagen. Zum einen ist die Streichung des Wortes *vorab*, Herr Jeschka, in Ihrem Antrag sicherlich im Sinne der Sache, indem es eine Vorab-Informationsverpflichtung und damit eine verlangsamte Verwaltung an der Stelle verhindert. Es bleibt damit bei einer nachträglichen Informationspflicht. Diese würde so, wie sie im Moment vorgesehen ist, allerdings im Abschnitt über die Entscheidungszuständigkeiten des Ausschusses stehen, obwohl Sie - so verstehen wir den Antrag - die eigentliche Zuständigkeit und damit die Kompetenz der Verwaltung an der Stelle nicht verändern wollen. Sie sieht eine Berichterstattung an der Stelle über laufendes Verwaltungsgeschäft vor.

Da ich die bisherigen Rückmeldungen allerdings so verstanden habe, dass eine Blockade der Verwaltung gerade mit Ihrer Änderung vermieden werden soll, und auch um Rechtsunsicherheiten - wir bewegen uns hier in der Zuständigkeitsordnung - zu vermeiden, würde ich hier an der Stelle ganz gern kurz zusammenfassen, wie wir diesen Änderungsantrag verstehen. Wir gehen davon aus, dass es sich um eine Berichtspflicht bzw. um die Aufforderung zu einer nachträglichen Berichterstattung und gerade nicht um eine Zuständigkeitsregelung handelt. Wir würden diesem Wunsch dann selbstverständlich auch durch eine entsprechende Berichterstattung im Digitalisierungsausschuss Rechnung tragen.

Mit diesem kleinen Hinweis zur Klarstellung haben wir keine Bedenken, dass eine solche Regelung dann auch zulässig ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Dr. Diemert. - Dann lasse ich jetzt über den Tagesordnungspunkt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der Gruppen. Gegenstimmen? - Von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Herrn Wortmann und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Von AfD und Volt. Dann ist der Änderungsantrag so abgelehnt.

Ich rufe die Abstimmung über den Ursprungsantrag mit der mündlich vorgetragenen Änderung von Herrn Jeschka auf, und zwar Streichung des Wortes *vorab*, und frage nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Corona-Hilfen aus Corona-Bußgeldern“ AN/0532/2021

Ich gebe Herrn Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Maßnahmen, die derzeitige Lockdown-Strategie und die bisherigen Strategien zwingen den stationären Einzelhandel immer mehr in die Knie. Auch das Termin-Shopping und die Click-and-Meet-Angebote bringen nicht annähernd genügend Geld in die Kassen der Einzelhändler. Wir müssen gerade denjenigen - dazu hat unser Fraktionsvorsitzender im letzten Jahr schon gesprochen - helfen. Teilweise sind Corona-Novemberhilfen erst im Februar dieses Jahres gezahlt worden. Das ist wirklich untragbar für viele Unternehmen und viele Einzelhändler. Diesen Missstand können wir heute beheben.

Viele Bürger können schon nicht nachvollziehen, dass beispielsweise Bußgelder wegen Geschwin-



digkeitsüberschreitung oder wegen Falschparkens erhoben worden sind und dann nicht in die Sanierung der Straßen oder in den Straßenverkehr fließen. Wir als bisher erfolgreicher Impulsgeber im Stadtrat

(Vereinzelt Lachen)

wollen deswegen einen Solidaritätsfonds für Kölner Unternehmen ins Leben rufen.

Da kann man ruhig einmal klatschen, das stimmt.

(Unruhe)

Die Bußgelder, die wegen der Nichteinhaltung von Abständen, dem Nichttragen von Masken etc. verhängt werden -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte um Ruhe. Ich würde Herrn Büschges gern verstehen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Matthias Büschges (AfD): - vielen Dank -, fließen eben sofort in diesen Fonds, der von Kölner Unternehmen dann ganz unkompliziert beantragt werden kann. Ich bin mir sicher, dass sich heute auch das eine oder andere Ratsmitglied dazu durchringen könnte, diesen Antrag und diesen Fonds zu unterstützen; denn hier geht es eben nicht um dieses parteipolitische Klein-Klein, sondern hier geht es um eine sehr große Chance für Kölner Unternehmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT betreffend „Geflüchtete aus Seenotrettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion aufnehmen“
AN/0543/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0613/2021

Ich gebe Frau Yazicioglu das Wort.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen die erschreckenden Bilder und Berichte aus den Lagern. Die Menschenrechte der Schutzsuchenden auf Leben, auf Würde, auf Wohnraum, Gesundheit und Bildung werden nicht nur offen ignoriert, sondern auch massiv verletzt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute auf diese Situation aufmerksam machen und politischen Druck ausüben; denn unsere Aufgabe als Kommune ist es auch, den politischen und öffentlichen Druck nach dem Entschluss heute hochzuhalten, damit sich endlich dort etwas verändert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn hier geht es um unsere politische Mitverantwortung. Wir setzen uns weiterhin für die Auflösung von menschenunwürdigen und rechtswidrigen Flüchtlingslagern ein. Wir fordern die Aufnahme von Schutzsuchenden aus Seenotrettung im Mittelmeer, aber auch die Aufnahme von Schutzsuchenden aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion, nämlich aus den Lagern Lipa und Kara Tepe. Bis heute gibt es keine legalen und sicheren Flucht- und Migrationswege. Schutzsuchende riskieren auf den Fluchtrouten ihr Leben und sind dann den illegalen Push-Backs an den Grenzen ausgesetzt. Diese illegalen Push-Backs und die Rechtsbrüche an den Grenzen müssen untersucht und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und Beifall bei Volt)



5. Sitzung vom 23. März 2021

Seite 7

(vom Redner ungelesene Fassung)

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es für mich sehr wichtig, deutlich zu machen: Seenotrettung ist kein Verbrechen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und Beifall bei Volt)

Die Rettung von Menschenleben darf nicht kriminalisiert werden. Sie verdient unseren höchsten Respekt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Aufnahme von Schutzsuchenden durch Länder und Kommunen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, darf auch nicht länger von der Bundesregierung verhindert werden. Ich bin froh und finde es sehr, sehr wichtig, dass wir nicht nur tatenlos zusehen, sondern dass wir bereit sind, Schutzsuchende hier bei uns in Köln aufzunehmen und dass wir dem Bündnis *Städte Sicherer Hafen* mit der Unterzeichnung der Potsdamer Erklärung beitreten.

In diesem Sinne: Wir sind solidarisch, und wir haben Platz. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort. Nein? - Dann nicht. - Herr Detjen.

(Michael Paetzold [SPD]: Meine Kollegin!)

Dann bitte ich darum, dass sich demnächst diejenigen melden, die auch sprechen wollen. - Bitte sehr.

Claudia Brock-Storms (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt den auf Hinweis des Kölner Flüchtlingsrats von der Fraktion der Grünen initiierten gemeinsamen Antrag zur Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aus den Lagern in Griechenland und der bosnisch-kroatischen Grenzregion ausdrücklich.

Das ist ein wichtiges Signal des neuen Kölner Stadtrats in der viertgrößten Kommune Deutschlands. Man könnte auch sagen: Der Rat zeigt Haltung. Dieses Signal und die damit verbundene Botschaft *Wir lassen euch nicht allein!* sind wichtig. Aber es darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir damit an der Lage der Schutzbedürftigen in den Elendslagern erst einmal nicht viel ändern werden.

Damit wir angesichts der humanitären Katastrophe vor unserer Haustür nicht nur unser schlechtes Gewissen beruhigen, braucht es mehr - ein Mehr an Solidarität und Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die neue Kampagne *Wir haben Platz* der AG Bleiben und der Seebrücke Köln ausdrücklich. Die Idee dahinter ist einfach: Man bringt Organisationen und Religionsgemeinden dazu, öffentlich ihre Bereitschaft zu erklären, Geflüchteten von den EU-Außengrenzen für ein bis zwei Jahre Wohnraum und ehrenamtliche Begleitung zur Verfügung zu stellen. Mit diesen handfesten Unterstützungsangeboten wird gezeigt, wie groß die zivilgesellschaftliche Aufnahmebereitschaft für Menschen ist, um dann die Landes- und Bundesregierung zu überzeugen, ein Landesaufnahmeprogramm in NRW zu starten, um dem Elend der Menschen in den Flüchtlingslagern ein Ende zu machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin überzeugt, dass wir alle hier einen Beitrag dazu leisten können und damit zum Gelingen von *Wir haben Platz*. Den Ehrenamtlern in den Initiativen gilt unser besonderer Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte an der Stelle aber auch noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken, die bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen eine gute, oft unterschätzte Arbeit leisten.

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 8**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Auf unsere Anfrage vom vergangenen März im Sozialausschuss teilte die Verwaltung mit, dass sie unabhängig von der vom Rat beschlossenen Reservehaltung von Unterbringungsplätzen jederzeit in der Lage wäre, deutlich mehr Menschen in Köln aufzunehmen, wenn sich die Bundesrepublik an humanitären Maßnahmen in Griechenland beteiligt und Geflüchtete anschließend den Kommunen zuweisen würde.

Viele sind der Meinung, unsere Gesellschaft wäre gar nicht in der Lage, mehr zu tun. Doch wir können. Wie wir sehen: Auch Köln kann, darf aber nicht. Noch nicht!

Ich könnte hier noch viel zur Flüchtlingspolitik sagen, aber aufgrund der gebotenen Kürze möchte ich hier enden. Doch noch so viel: Der heutige Bericht im *Stadt-Anzeiger* über die traumatisierten Kinder in den griechischen Flüchtlingslagern ist erschütternd. Wir alle wissen hier, dass die Entscheidung, wer nach Deutschland kommen darf und wer nicht, nicht in den Kommunen getroffen wird. Wir alle wissen aber auch, dass in diesem Jahr eine Bundestagswahl ansteht, die eine Weichenstellung für die Flüchtlingspolitik und für die Politik für Flüchtlinge in Deutschland sein wird. In diesem Sinne: Glück auf! Den Änderungsantrag der FDP tragen wir nicht mit. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Ich freue mich, dass wir diesen Antrag mit breiter Mehrheit fassen werden. Er ist entstanden, weil Kölnerinnen und Kölner, die sich für Geflüchtete, für Seenotrettung und für würdige Zustände in den Geflüchteten-Einrichtungen einsetzen, von dem, was die Stadt Köln und der Stadtrat konkret tun, konkret helfen und konkret handeln, enttäuscht sind. Wir bessern jetzt nach.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir wollten 100 Geflüchtete aus der Seenotrettung aufnehmen. Eine Person, ein Mensch ist uns zugeteilt worden. Das ist die Realität.

Dazu kommt, dass die Lage für die Menschen sowohl an der bosnisch-kroatischen Grenze als auch in den Lagern am Mittelmeer immer schlechter wird. Verlängert die EU den Flüchtlingspakt mit Erdogan, der uns die ganze Zeit mehr oder weniger erpresst? - All das treibt die Kölnerinnen und Kölner um.

Der Rat beschließt heute, dass die Stadt Köln die Potsdamer Erklärung unterschreibt und dem Bündnis *Städte Sicherer Hafen* beiträgt. Immerhin ist dies ein kleiner konkreter Schritt.

Ich möchte Ihnen von einem anderen konkreten Schritt erzählen: Der Gemeinderat der Stadt Konstanz hat eine Partnerschaft mit dem Verein Sea-Eye zur Unterstützung des Geflüchteten-Schiffes Alan Kurdin beschlossen und für zwei Jahre 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Ich bitte den Rat, aber auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, einen solchen konkreten Schritt zu prüfen. Ich hatte Ihnen das bereits schon einmal vorgeschlagen. Wenn die Stadt Konstanz das kann, warum kann das nicht die Stadt Köln?

In Punkt 6 des Antrages wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, wie konkrete Hilfen für Geflüchtete in den Camps aussehen könnten und wie Hilfsmaßnahmen auch konkret finanziell möglich werden. Wir von den LINKEN wollen dazu einen konstruktiven Dialog. Wir hoffen, dass wir gemeinsame Wege finden, wie den Menschen in Zukunft geholfen werden kann. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vorab ist es mir ganz

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 9**

(vom Redner ungelesene Fassung)

wichtig, festzustellen, dass auch meine Fraktionskollegin und auch meine Fraktionskollegen genauso geschockt sind wie Sie über die Bilder, die wir aus den Lagern Kara Tepe und Lipa und auch aus den griechischen Flüchtlingslagern sehen müssen. Auch wir fühlen die Verantwortung, dass hier Hilfe und Unterstützung notwendig ist.

Wir haben trotz alledem einen Änderungsantrag geschrieben. Ich möchte Ihnen aber auch etwas dazu sagen, warum wir das gemacht haben. Ich habe deutlich gemacht, dass wir kritisieren, wie diese Push-Backs von griechischen und kroatischen Beamten vor Ort vorstattengehen. Das kritisieren wir. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Gleiches gilt für die griechischen Lager. Hier hat die FDP im vergangenen Jahr - das hat Herr Detjen angesprochen - den Antrag im Stadtrat unterstützt, 100 hilfebedürftige Geflüchtete und 16 minderjährige Geflüchtete aufzunehmen. Die FDP steht zu ihrer humanitären Verpflichtung, Menschen in unserer Stadt Schutz und Unterkunft zu bieten. Überhaupt kein Zweifel!

Wir sind auch bereit, in der humanitären Notsituation zusätzliche Unterbringungskapazitäten bereitzustellen. Aufgrund dieser Haltung können wir auch ganz vielen Punkten in Ihrem vorgelegten Antrag zustimmen. Der Knackpunkt, in dem wir uns von den Antragstellern unterscheiden, ist folgender: Wer entscheidet über die Aufnahme von Geflüchteten? - Hier ist für uns die Antwort ganz eindeutig: Über die Aufnahme Geflüchteter entscheidet allein die Bundesregierung - die Bundesregierung, die von CDU und SPD getragen wird. Das möchte ich den Kollegen hier auch noch einmal im Rat ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Eine Rechtsauffassung, die übrigens auch bisher von der Verwaltung geteilt wurde, wie sie uns auch in den Mitteilungen an den Sozialausschuss verdeutlichte. In dem vorgelegten Antrag kommt aber eine komplett andere Rechtsauffassung zum Tragen. So heißt es in der Begründung - ich zitiere -:

Und sie

- damit ist das Bündnis *Städte Sicherer Häfen* gemeint -

kämpfen für das Recht, endlich selbst über die Aufnahme von Menschen entscheiden zu können.

Meine Damen und Herren, diese Art - ich nenne es einmal so - kommunaler Außenpolitik ist nicht das Thema der FDP. Diese lehnen wir ab. Die Entscheidung über Aufnahmekapazitäten muss beim Bund liegen und bei niemandem sonst. Die Kommunen können indes ihre Bereitschaft dokumentieren, in schwierigen Situationen Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufzunehmen - auch über die Aufnahmequote hinaus. Dazu stehen auch wir Freien Demokraten im Kölner Rat. Genau das drücken wir in unserem Änderungsantrag aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, unsere differenzierte Haltung zu diesem Thema würden wir auch gern im Rahmen der Abstimmung zum Ausdruck bringen. Deshalb bitten wir um punktweise Abstimmung.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Des eigenen Antrages, also des Änderungsantrages oder des Ursprungsantrages? - Ich möchte es nur verstehen.

Katja Hoyer (FDP): Wir könnten hier alternativ zu den Änderungspunkten, die wir haben, abstimmen. Es sind drei Punkte, die wir anders sehen. Wenn wir da alternativ abstimmen könnten, wäre das sehr gut. Bei den anderen Punkten stimmen wir zu. Da könnten Sie immer den Punkt 1 alternativ zur Abstimmung stellen: FDP oder Ursprungsantrag. Und den Punkt 2 - dem würden wir zustimmen - könnten Sie auch zur Abstimmung stellen. Immer alternativ.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.



Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht überraschen, dass wir den vorliegenden Antrag für inhaltlich falsch, für unsere Stadt schädlich und politisch für töricht halten.

Warum inhaltlich falsch? - Schon in der Überschrift begehen die Antragsteller den alten Kardinalfehler und werfen alle Menschen in den griechischen und bosnischen Lagern in einen Topf, indem sie fälschlicherweise von *Geflüchteten* sprechen. Dabei wissen Sie ganz genau: Es handelt sich um eine Mischung von Migranten, Asylbewerbern, Flüchtlingen und sonstigen Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben. Die Zahl der anerkannten Asylbewerber, also der Personenkreis, der wirklich schutzbedürftig und der tatsächlich anspruchsberechtigt ist, liegt im Schnitt der letzten Jahre - man kann es nicht oft wiederholen - konstant und regelmäßig unter 2 Prozent. Unter 2 Prozent, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Warum ist Ihr Antrag für unsere Stadt schädlich? - Nun, Köln hat schon heute eine deutlich unterdurchschnittlich qualifizierte Einwohnerschaft.

(Lachen)

- Doch! Nehmen Sie die Zahlen doch bitte zur Kenntnis.

Bei den Arbeitnehmern mit akademischem Abschluss liegt München auf Platz 1, Bonn belegt immerhin noch Platz 7, und Köln liegt ganz weit hinten auf dem drittletzten Platz.

Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sieht es folglich ganz ähnlich aus: Im bundesdeutschen Wettbewerb liegen hier Wolfsburg und Ingolstadt auf den vorderen Plätzen. Düsseldorf kommt immerhin noch unter die Top 10, aber Köln spielt weit abgeschlagen beim BIP pro Kopf in einer Liga mit Weiden in der Oberpfalz. Weiden in der Oberpfalz - das ist kurz vor der tschechischen Grenze, ehemaliges Zonenrandgebiet. Da spielt Köln. Wir lernen also: unterdurchschnittlich qualifizierte Arbeitnehmerschaft, unterdurchschnittlich beim BIP pro Kopf.

So wundert es auch nicht, dass Köln heute mit 14 Prozent Hartz-IV-Empfängern mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts aufweist. Jetzt wollen Sie die Gestrandeten aus den bosnischen und griechischen Lagern nach Köln holen. Dazu sollten Sie die jüngsten Zahlen zu Hartz-IV-Beziehern nach Herkunftsländern wissen: Deutsche - nur, um einmal den Vergleichswert zu haben - 6 Prozent, Westbalkanstaaten 15 Prozent, Nigeria, Pakistan 23 Prozent, Somalia 45 Prozent, Afghanistan 50 Prozent, Irak 56 Prozent, Syrien 76 Prozent.

Jeder, meine Damen und Herren, der heute hier für diesen Antrag stimmt, sollte wissen, was das für Köln heißt. Es bedeutet weitere Absenkung des Qualitätsniveaus, noch mehr Hartz-IV-Empfänger und eine noch höhere soziale Disparität in dieser Stadt.

Sie, die Antragsteller, sind typische Gesinnungsethiker. Sie folgen einem kurzfristigen humanistischen Impuls. Sie suhlen sich geradezu in Ihrem Gutmenschen. Ganz typisch: Alles, was Sie tun, tun Sie immer und ausnahmslos mit dem Geld fremder Leute, nie mit eigenem Geld. Um die Folgen für unsere Stadt scheren Sie sich einen feuchten Kehr. Ich.

Wir hingegen als Verantwortungsethiker fragen

(Zurufe und Lachen)

- jawohl, Max Weber lässt grüßen -: Was sind die langfristigen Folgen, was wird es kosten, und wer wird dafür bezahlen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, die Redezeit ist abgelaufen.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe hier in den vier Jahren, in denen ich bisher im Rat bin, bisher nicht nennenswert überzogen. Ich bitte Sie, mir jetzt diese gottverdammte Minute zu geben, um das hier zum Abschluss zu bringen.

(Zurufe: Nein!)



Das sind die Fragen, die wir stellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden Ihnen jetzt nicht mehr zuhören, Herr Boyens. Ich glaube, das bringt gar nichts.

(Lebhafter Beifall)

Stephan Boyens (AfD): Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab. Er ist inhaltlich falsch, er ist schädlich für unsere Stadt, und er ist politisch töricht, weil er ein falsches Signal sendet. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Ich habe mir das eben noch einmal angesehen und denke, es ist richtig, dass ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen lasse, dann zifferweise über den Ursprungsantrag - Ziffer 1, 3 und 7 zusammen, Ziffer 2, 4 bis 6 - und dann zur Gesamtabstimmung komme.

Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Ich hätte mir das jetzt eigentlich so vorgestellt, dass Sie Ziffer 1 vom Ursprungs- - Geht nicht? - Okay. Wenn Frau Gies schon mit dem Kopf schüttelt, dann glaube ich das.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Man konnte Sie jetzt leider nicht verstehen, weil Sie schon während des Sprechens weggingen. Es ist total schwierig - Sie können hier einmal mit mir tauschen für fünf Minuten -, Sie alle zu verstehen mit den Masken.

Katja Hoyer (FDP): Ich kann das gut nachvollziehen, Frau Oberbürgermeisterin, dass es schwierig ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Entschuldigung, das ist jetzt wirklich nicht persönlich gemeint. Ich habe es nicht verstanden.

Katja Hoyer (FDP): Ich habe nur gesagt: Wenn Frau Gies schon den Kopf schüttelt, dann nehme ich das auch hin und dann weiß ich, dass das Abstimmungsverhalten richtig ist und ich mich täusche. Ich glaube, das ist doch jetzt eine gute Äußerung gewesen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen, zunächst die Ziffern 1, 3 und 7 zusammen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ziffer 2, 4 bis 6 zusammen: Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die LINKEN, Die PARTEI, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die AfD, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die KLIMA FREUNDE. Gibt es Enthaltungen? - Die kann es nicht mehr geben. Dann ist das so beschlossen.

Gesamtabstimmung: Gegenstimmen? - AfD-Fraktion. Enthaltungen? - FDP und Herr Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Neutralitätsgebot“

**AN/0541/2021**

Hier hat als Erster Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Stadt Köln ein offensichtliches Problem mit dem Linksextremismus hat, wissen wir seit der letzten Ratssitzung und seit der Diskussion um das AZ. Aber jetzt zu *Kein Veedel für Rassismus*. Vorweg: Natürlich lehnt auch meine Fraktion ausdrücklich Rassismus ab.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Ach so!)

Jedoch sollte dieses berechnete Anliegen nicht als Mittel zum Kampf gegen konservativ-patriotische Kräfte missbraucht werden.

Kein Veedel für Rassismus wird nachweislich von linksextremen Organisationen wie der Interventionistischen Linken oder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend unterstützt. Der VVN-BdA steht im Impressum. Die Bundesvereinigung dieses VVN hat zwischenzeitlich ihre Gemeinnützigkeit verloren und das bei einem Berliner Finanzamt. Das spricht Bände.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt aber zurück zu Köln und seinen Schulen in städtischer Trägerschaft sowie anderen städtischen Gebäuden, an denen diese Fahnen hängen bzw. hingen. Sie können dort draußen auf dem Alten Markt schauen: Am Jugendbüro hängt so eine Fahne. Das widerspricht glasklar dem Neutralitätsgebot des Staates. Denn wenn man auf die Webseite dieser Organisation klickt, sieht man: Es richtet sich glasklar gegen eine politische Partei, die völlig legal in diesem Land agiert, und das ist meine Partei.

Ich würde übrigens auch bei jeder anderen Partei, die hier ist, sagen, wenn dort gegen sie Antipropaganda hängen würde: Die muss herunter, der Staat hat sich im demokratischen Meinungskampf neutral zu verhalten.

(Beifall bei der AfD)

Aber was soll man auch von den Kölner Schulen erwarten? - Während des Kommunalwahlkampfes tolerierte die Stadt es über einen sehr langen Zeitraum, dass am städtischen Rathaus ebendiese Fahne hing - wohl am Büro einer Bürgermeisterin, die jetzt nicht mehr Bürgermeisterin ist.

(Zuruf: Das hat sie richtig gemacht, super!)

Die Stadt ist bekanntlich Träger der Schulen. Wir hatten dazu auch eine Anfrage im Rahmen der letzten Ratssitzung gestellt. Die war unbefriedigend. Viele Fahnen hängen immer noch. Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Schulen frei von linksextremer Propaganda sind.

Deshalb: Stimmen Sie diesem Antrag zu! Machen Sie das, dann können Sie etwas für Köln tun. So können Sie die Neutralität des Staates fördern. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.6 Antrag der Gruppe Die PARTEI betreffend „Accountkarussell OB“ AN/0472/2021

Hier hat zunächst Frau Dickas das Wort.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Da ich ebenso gut vom Blatt ablesen kann, werde ich Ihnen heute etwas zu unserem Antrag vorlesen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsangehörige der demokratischen Parteien! Liebes Team Reker! Sehr verehrtes Wahlvieh draußen an den Geräten! Im Rahmen der Recherchen für diesen Antrag haben wir uns an das



Jahr 2017 zurückerinnert. Der damalige Bundestagswahlkampf war der erste große Wahlkampf, der zu einem beträchtlichen Teil online geführt wurde. Damals wurde zum Beispiel Martin Schulz von einem Medienbranchendienst zum Facebook-Wahlkampfsieger ausgerufen, und seine Facebook-Seite hat immer noch beträchtliche Abonnentenzahlen. Erstaunlich, wenn man sich anschaut, dass er dort überwiegend Screenshots seiner Tweets postet.

Uns ist dieser Wahlkampf 2017 in guter Erinnerung geblieben, weil wir dort 30 Facebook-Gruppen der AfD mit über 180.000 Sympathisanten okkupieren konnten. Da waren Gruppe dabei wie der Frauke-Petry-FanCLUB oder die Gruppe *Heimatliebe*, die wir sofort in *Humusliebe* umbenannt haben. Das war sicherlich ein schmerzlicher Verlust für die AfD so kurz vor der Wahl.

Wer einen Social-Media-Kanal betreibt, muss dafür Sorge tragen und die Verantwortung übernehmen. Das ist die eine Wahrheit. Eine andere lautet: Macht klar, wer verantwortlich ist! Beim Reker'schen Accountkarussell fehlt genau das. Mal wurden die Accounts von Frau Reker und ihrem Team, mal von der städtischen Pressestelle gespielt.

Nicht nur das! Frau Rekers Social-Media-Berater wurde sogar aus städtischen Mitteln bezahlt. Die Rede ist von über 73.000 Euro. Damit hat die Stadt die Accounts hochgepäpelt und als offizielle Kanäle der Stadt etabliert, um sie dann, so ausgestattet, in Frau Rekers persönliche Obhut zu übergeben. Scheinbar ist es jetzt möglich, dass die Stadt Köln ohne OB-Account auskommt, oder sie wartet einfach, bis Gras über die Sache gewachsen ist, um sich dann für weitere fünf Jahre den Reker-Kanälen anzunehmen.

Wir wollen aber jetzt schon Klarheit, und die einzig klare und vertrauenswürdige Lösung ist die Rückführung der Reker-Kanäle in die städtische Verantwortung unter klaren und eindeutigen Regeln, die dieser Rat mit zu beschließen hat. Wir wollen die Reker-Kanäle als OB-Kanäle, und sollte es ein Leben nach Frau Reker geben, werden die Kanäle eben umbenannt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht jetzt das Wort? - Herr Krupp und dann Herr Petelkau.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Um es ganz deutlich zu sagen: Das, was über diese Social-Media-Accounts der Oberbürgermeisterin im Vorfeld des OB-Wahlkampfes berichtet wurde - namentlich auch durch das Internetmagazin *report-K*, aber auch durch die Zeitungen der Stadt -, hat uns schon sehr erschrocken. Es war wirklich - das sage ich in aller Deutlichkeit - aus unserer Sicht nicht in Ordnung, diese Kanäle an die Stadt nach der Wahl 2015 zu verleihen, sie dann - das muss man so deutlich sagen - mit Hilfe von Steuergeld aufpumpen zu lassen, um sie dann pünktlich zur OB-Wahl 2020 wieder sozusagen in private Trägerschaft zurückzuholen und für diese OB-Wahl zu nutzen. Wir wollen hier ganz ausdrücklich sagen: Wir sind damit nicht einverstanden, wir halten das nicht für richtig. Es wäre richtig gewesen, diese Kanäle immer in privater Trägerschaft zu lassen, damit politisch umzugehen - das macht jeder Politiker, das ist völlig in Ordnung -, aber dann bitte auch mit eigenen Mitteln und auf eigene Kappe, wie wir das alle machen. Dann kann man die selbstverständlich auch bei den Wahlkämpfen nutzen. So ist aber ein ganz übles Geschmäckle entstanden, was zu Recht hier große Fragen aufgeworfen hat.

Unser Punkt war aber immer: Lassen Sie es in privater Trägerschaft. Wenn wir das richtig sehen, ist es jetzt in privater Trägerschaft. Ganz ehrlich: Es jetzt an die Stadt zurückzugeben, damit Herr Vogel sich sozusagen mit 140 Zeichen - ich sage das mal so süffisant - täglich eine digitale Heiligenverehrung aus den Fingern saugen kann,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

macht doch auch keinen Sinn. Deswegen werden wir den Antrag der PARTEI, der einen ganz wichtigen Punkt aufgegriffen hat, ablehnen.

Die PARTEI hatte in ihrem Redebeitrag eben in vielen Punkten recht: Es ist nicht nur nicht so su-

per, sondern es ist wirklich nicht in Ordnung gewesen. Obwohl wir das auch so sehen, sind wir konsequent. Wir haben immer gesagt: Das soll in privater Hand bleiben. Jetzt ist es in privater Hand. Da soll es bleiben. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. Aber einen wichtigen Punkt hat Die PARTEI hier gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Zuschauerinnen und Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein Satz zu den letzten Äußerungen des Kollegen Krupp: Wir haben das im letzten Jahr auch ausführlich im Ausschuss diskutiert. Das Ergebnis war eindeutig: Es war angemessen, weil die Stadt Köln unter dem damaligen SPD-Vorgänger überhaupt gar keinen Account hatte, diese Sache nach der Wahl 2015 zu übertragen, damit auch auf diesem wichtigen Medium überhaupt eine Kommunikation stattfinden konnte.

Das Zweite ist, was ebenfalls ausführlich geprüft wurde: Es war auch rechtlich absolut in Ordnung, sauber und damit der Situation angemessen, dass hier so gehandelt wurde, nämlich dass im Wahlkampf eine Trennung erfolgt ist. Das nur einmal zur Klarstellung, weil hier wieder der Versuch unternommen wird, eine Geschichtsklitterung vorzunehmen.

Den Antrag der PARTEI lehnen wir ab, weil die Trennung der persönlichen Daten natürlich jetzt sinnvoll ist, da die Stadt Köln inzwischen auch die Gelegenheit hat, klar Dinge zu veröffentlichen, wir uns hier weiterentwickelt haben. Es gibt in Zukunft eine klare Trennung in die Konten der Oberbürgermeisterin, in die Funktion, und die persönlichen Konten. Deshalb ist der Antrag, den Die PARTEI hier vorgestellt hat, nicht zielführend, und deshalb lehnen wir diesen ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dem, was Herr Krupp zu den Geschehnissen des Wahlkampfes gerade gesagt hat, habe ich nichts hinzuzufügen. Dieser Darstellung stimme ich so zu.

Der Antrag der Gruppe Die PARTEI betrifft jetzt aber doch die Gegenwart und die Zukunft, und ich muss sagen, ich halte das für einen plausiblen Verfahrensvorschlag, wie mit diesem Thema umgegangen wird. Es geht im Kern um die Frage, ob auf dem privaten Account von Ihnen, Frau Reker, Inhalte verbreitet werden, die Ihre Tätigkeit als Oberbürgermeisterin darstellen, Informationen über diese Tätigkeiten, Erklärungen und Meinungsäußerungen dazu. Wenn das so ist, kann man zu dem Schluss kommen, dass die Ihrerseits privat betriebene Facebook-Seite von vielen Menschen, die sich diese anschauen, als eine Art amtliche Präsenz der Oberbürgermeisterin im Internet aufzufassen ist.

Wir halten es deshalb für einen vernünftigen Vorschlag, dass die Stadt Köln einen Account der Oberbürgermeisterin einrichtet, damit es ganz eindeutig geklärt ist, in wessen Auftrag und wozu dort gesprochen wird. Wir halten es auch für triftig, dass in diesem Antrag gesagt wird: Diese Äußerungen müssen auch zur Veraktung und Dokumentation dort abgelegt sein, damit die städtischen Dienststellen darauf Zugriff haben. Deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Bürger - ich sage bewusst nicht *Stimmvieh* - an den Apparaten dort draußen! Liebe Pres-



severtreter! Es ist wirklich schön, dass der eine oder andere jetzt hier schon Themen aufgreift, die die vorherige AfD-Fraktion in einer der letzten Ratssitzungen aufgegriffen hat. Schön, dass Sie dazulernen.

Natürlich sind auch wir für eine Trennung der Politikerin Reker und der Verwaltungschefin Reker. Dass das technisch nicht schon längst hätte gemacht werden können, das glaube ich nicht. Ich bin von einer Partei, die nun einmal sehr internet-affin und facebookaffin ist. Da kann ich nur sagen: Das ist alles leicht einstellbar, leicht machbar.

Die PARTEI musste zwar vorhin das Bashing machen, hat aber gern, glaube ich, aufgegriffen, dass es eigentlich ein AfD-Thema war, was wir schon einmal auf die Agenda gesetzt haben. Von daher noch ein kurzer Hinweis an Die PARTEI: Wenn Sie sich bei uns in die Gruppen einhacken oder Ähnliches, dann machen Sie damit in der Öffentlichkeit wiederum Werbung für uns, weil wir dann in den Medien stattfinden. Insofern vielen Dank für die Werbung.

(Beifall bei der AfD)

Das hat bei der letzten Bundestagswahl, glaube ich, ganz gut für uns funktioniert. Warten wir einmal ab, was im September ist, und dann schauen wir einmal. Vielen Dank schon einmal für die Werbung.

Wir werden uns, weil man unsere Bürger nicht als *Stimmvieh* bezeichnet, hier in diesem Fall enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die LINKEN, Die PARTEI und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD und von Herrn Zimmermann. Sie sind so weit weg, das ist wirklich ein Problem. Vielleicht müssen Sie bunte Stimmkarten oder so etwas benutzen. - Enthaltungen? Das waren Enthaltungen? -

Ja, Enthaltung bei den KLIMA FREUNDEN. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Umstrukturierung der Dezernate sowie Bestellung einer allgemeinen Vertreterin bzw. eines allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin“
AN/0546/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0617/2021

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln
AN/0623/2021

Ich gebe zunächst Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle werden mir recht geben, wenn ich sage: Die Zeiten, in denen wir aktuell leben, könnten nicht krasser sein. Die Herausforderungen wachsen täglich - nicht nur, dass wir in einer wachsenden Stadt leben mit all ihren damit einhergehenden Anforderungen, nicht nur, dass wir in einer Klimakrise stecken, die uns vernichten wird, wenn wir sie nicht stoppen. Nein, wir kämpfen auch seit fast über einem Jahr gegen eine Pandemie, und das Licht am Ende des Tunnels ist heute nur sehr schwach zu sehen. All dem müssen wir uns als gewählte Mitglieder des Rates stellen. Wir müssen nachhaltige, zukunftsgerichtete und verlässliche Politik machen. Wir brauchen dafür eine starke, schlagkräftige, agile und bestens aufgestellte Verwaltung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir schlagen die Bildung von zwei neuen Dezernaten und einige Umstrukturierungen innerhalb der Dezernate vor, um den Verwaltungsvorstand zu stärken und ein zukunftsfestes Fundament unserer Arbeit zum Wohle unserer Stadt zu schaffen.



Das neue Dezernat VIII Umwelt, Klima und Liegenschaften wird künftig das Umweltamt und das Grünflächenamt unter einem Dach vereinen, was zu erheblichen Synergien führen und Schnittstellen bilden wird.

Wenn wir in Köln die Pariser Klimaziele einhalten wollen, heißt das, dass wir bis spätestens 2035 klimaneutral sein müssen. Um das zu schaffen, bedarf es der Bündelung und Stärkung aller Kräfte. So wird natürlich auch die Koordinierungsstelle Klimaschutz unter dem Dach des neuen Dezernates beheimatet sein und zur weiteren Stärkung das strategisch wichtige Amt der Liegenschaften.

Auch die Schaffung eines neuen Dezernats IX Stadtentwicklung, Wirtschaft und Digitalisierung soll den neuen vor uns liegenden Herausforderungen gerecht werden. Wo, wenn nicht in einem solchen Dezernat, könnten die Probleme einer von Leerstand bedrohten City gelöst werden? Und wenn wir gemischte und lebendige Quartiere erhalten und entwickeln wollen, dann benötigen wir Stadtentwicklungskonzepte, die nachhaltig im Sinne der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen sind und die nachhaltig auch unseren Wirtschaftsstandort stärken.

Die dritte Säule des Dezernats, die Digitalisierung, ist hier auch bestens aufgehoben. Wir sind uns sicherlich alle einig: Köln soll zu einer ganzheitlichen Smart City werden. Das schreit geradezu nach einer engen Verzahnung von Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Zusammengefasst: Den Antragstellern scheint die Schaffung von zwei Dezernaten nicht nur angemessen, sondern auch notwendig. München hat übrigens 14 Dezernate.

Jetzt ist meine Redezeit schon fast vorbei. - Wir schlagen auch noch eine gleichmäßigere Aufteilung der bestehenden Aufgabenfelder vor. So soll das bisher mit sehr vielen Aufgabenbereichen betraute Dezernat I nicht mehr das Rechtsamt und das Gleichstellungsamt beherbergen.

(Zurufe von der AfD: Zeit!)

Diese beiden Ämter werden in die Kämmerei verlegt.

(Zurufe von der AfD: Zeit!)

Meine Damen und Herren, ich bin mir bewusst, dass ich nicht alle hier im Saal zur Zustimmung bewegen kann, aber ich hoffe, dass ich die eine oder den anderen überzeugt habe, dass unsere Vorschläge plausibel sind und dazu beitragen werden, dass wir nachhaltig die Herausforderungen in dieser Zeit stemmen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt bitte ich einmal aufzuzeigen, von wem das Wort gewünscht wird. Meine Redeliste geht mit Herrn Görzel weiter.

(Christian Joisten [SPD] meldet sich zu Wort.)

Herr Joisten. Eigentlich wäre erst Herr Petelkau an der Reihe. Ich bitte wirklich darum, das vorher einzureichen, sonst funktioniert das hier nicht, schon gar nicht in diesem Saal, den man nicht überblicken kann. - Herr Joisten, Sie haben das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als das Ratsbündnis der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2003 die Geschäftskreise des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten neu festgelegt haben und auf insgesamt acht Dezernate verschlankten, wurden sie - so stand es damals in der Begründung dieses Antrages - vom Gedanken einer effizienten und effektiven Verwaltungsorganisation geleitet. Schlankere Strukturen in der Verwaltungsspitze sollten sicherstellen, dass zukünftige Aufgaben durch weniger Beigeordnete geleistet werden. So erfolgte die letzte umfassende Dezernatsneuordnung der Stadtverwaltung auf Initiative eines Ratsbündnisses aus CDU und Grünen. So viel zur Geschichte.



Welch Widerspruch also zu dem, was wir heute vorliegen haben, im Gegensatz zu der damaligen Ausrichtung. Die Ämter der Stadtverwaltung werden auf insgesamt zehn Dezernate aufgeteilt. Wieso verabschiedet sich dieses Bündnis von einer schlanken Verwaltungsstruktur, frage ich Sie hier in diesem Haus. Es wird nämlich in Zukunft viel mehr Reibungsverluste geben, gerade auch bei der sozialen Frage dieser Stadt und unserer Zeit, nämlich dem Thema Wohnen. Maßgebliche Ämter werden nach dem Vorschlag von CDU, Grünen und Volt auf sage und schreibe vier Dezernate aufgeteilt. Der Wohnungsbau wird auf diese Weise an die Kette gelegt. Wenn das schon kein vorsätzliches Ausbremsen von bezahlbarem Wohnen in Köln ist, dann zumindest grob fahrlässig.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht ist eine Erhöhung der Beigeordnetenzahl auch angesichts der massiven finanziellen Belastung der Kommune durch die Corona-Pandemie nicht vertretbar. Gleichwohl besteht Handlungsbedarf, da die für das Thema Wohnen und Wohnungsbau maßgeblich zuständigen Ämter endlich in einem Dezernat gebündelt werden müssen. Zugleich muss das Thema Wohnen endlich zur Chefsache gemacht werden, um beim Wohnungsbau voranzukommen. Wie Sie in unserem Änderungsantrag sehen, ist dieses Ziel auch ohne eine Erhöhung der Dezernatszahl lediglich durch eine geschickte Anordnung der Ressorts zu bewerkstelligen.

Die gleiche Priorität muss aus unserer Sicht auch auf dem Thema Klimaschutz liegen. Auch hier sprechen wir uns in unserem Antrag für die Einrichtung einer entsprechenden Taskforce aus.

Die Zuordnung des Amtes für Denkmalschutz und Denkmalpflege soll nach unserem Modell im Dezernat VI bleiben. Somit würde sich eine Ausschreibung von drei neuen Dezernatsstellen erübrigen und die Nachbesetzung der vakanten Stelle im Dezernat I unmittelbar vorgenommen werden.

Da wir aber alle hier in diesem Raum wissen, warum diese Aufblähung des Stadtvorstandes und diese nicht sachgemäße Umverteilung von Ämtern und Dienststellen entlang klar erkennbarer

Parteilinien vorgenommen wird, wird dieses neu formierte Bündnis heute unseren vernünftigen und der Stadt dienenden Änderungsantrag ablehnen. Dessen sind wir uns sicher, da ansonsten die vereinbarten Preise nicht gezahlt werden können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass die Besetzung der neuen Dezernatspositionen ausweislich der Presseberichterstattung bereits festzustehen scheint, wird die Dimension dieses Postengeschachers besonders deutlich.

Im Übrigen sei zu diesem Vorgang noch angemerkt, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, im Falle der Neubesetzung des Dezernats IV im Jahr 2019 eine pure Pressespekulation zum Anlass genommen haben, entgegen auch der Position Bezirksregierung dieses Verfahren zu stoppen und neu aufzusetzen und die damals in der Presse benannte Kandidatin als verbrannt zu betrachten und nicht weiter zur Geltung kommen zu lassen. Wenn diese Maßstäbe heute angelegt werden, dann ist der Kreis der infrage kommenden Kandidaten sehr klein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vor diesem Hintergrund lehnen wir selbstverständlich diesen Antrag ab und hoffen immer noch auf Zustimmung für unseren Änderungsantrag, der diese Stadt maßgeblich entlasten sowie schlanker und effizienter gestalten würde. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bitte gestatten Sie mir zunächst, darauf hinzuweisen, dass der Desinfektionsmittelständer neben dem Rednerpult steht, damit Sie die Möglichkeit haben, sich - wenn Sie ihn benutzen - die Hände zu desinfizieren. Das nützt natürlich nichts mehr, wenn man es gerade verlassen hat, Herr Joisten. Von daher gilt das für die Zukunft.

Ich möchte Sie auch daran erinnern - aber Sie wissen das, Herr Joisten -, dass es keine reine



Spekulation war, sondern dass es eine eindeutige Aussage der SPD-Fraktion war, für welchen Kandidaten sie sich entschieden hatte. Ich wollte Sie nur daran erinnern, Sie wissen es ja, Sie haben ja selbst diese Aussage gemacht.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Jetzt bitte ich als Nächsten Herrn Petelkau ans Mikrofon oder ans Rednerpult - wie auch immer.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern zwei Dinge ergänzen und herausarbeiten.

Diese Umorganisation ist angemessen, sie ist zielgerichtet, und sie hilft uns dabei, die Aufgaben, die in den nächsten Jahren anstehen, besser und schneller zu bewältigen. Denn eines, lieber Kollege Joisten, hat sich seit 2003 geändert: Die Herausforderungen sind größer geworden. Wir haben den Klimawandel, der entsprechend geschafft werden muss. Wir haben aber auch durch die Pandemie neue Herausforderungen so wie die Digitalisierung im Wirtschaftsgeschehen. Darauf muss man reagieren. Darauf haben wir reagiert mit unserem Antrag.

Es ist zudem auch im Vergleich zu anderen Großstädten, Metropolen angemessen: Frankfurt hat inklusive Oberbürgermeister elf Dezernate, München 15. Ich glaube, da sind wir mit zehn am Ende angemessen unterwegs. Wir wollen die Gelegenheit nutzen, hier die Stadtverwaltung auf höchster Ebene effizient aufzustellen und damit die wichtigen Aufgaben dieser Stadt auch besser zu gestalten.

Hinsichtlich der Besetzung hat die Frau Oberbürgermeisterin gerade eben schon gesagt: Wir haben hier ein entsprechendes Ausschreibungsverfahren auf den Weg gebracht. Kandidaten, die vorher genannt werden, werden in der Presse genannt. Ob sie kandidieren, wird man sehen. Aber Fakt ist definitiv, dass es keinerlei Aussagen gibt, wer wie was wo wird. Das ist genau das entscheidende Kriterium. Wir werden nach den entspre-

chenden Richtlinien definitiv einen Personalberater beauftragen, wie es guter Brauch ist. Kandidaten können sich dort bewerben, es wird ausgeschrieben. Vor diesem Hintergrund stehen wir am Anfang eines Verfahrens und nicht am Ende, und genau dieses Verfahren wollen wir abwarten. Die Besten werden am Ende die Kandidaten werden, die die Stadtspitze künftig verstärken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, vielen Dank für Ihre Geduld.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr gern. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst meine Irritation darüber zum Ausdruck bringen, dass allen Ernstes von Ihnen, liebe Grüne, eben der Antrag von der PARTEI überstimmt und als erledigt betrachtet wurde. Ich finde, das ist kein gutes Omen, dass gerade Sie als eine Partei, die früher auch klein war, die es gelernt hat, wie es ist, wenn Große ihre Muskeln zeigen, so mit einem Newcomer in unserem Rat umgehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen des neuen Ratsbündnisses, das ist kein Menetekel Ihres neuen Stils.

Wohl aber Bestätigung des Stils des Bündnisses ist es, Personen und Ämter vor Inhalte zu setzen; denn genau das ist der Inhalt dieser Dezernatschaffung. Inhalte lesen wir keine im Antrag. Wir haben keine Begründung im Antrag gehört, warum es erforderlich ist, zwei neue Dezernate zu schaffen. Ganz im Gegenteil. Ich gehe gleich noch auf Ihre Begründungsversuche ein, Frau Martin; bitte geben Sie mir auch ein wenig Geduld.

Vielmehr ist es so, dass hier nach dem Strickmuster - eines für die Grünen, eines für die CDU - zwei neue Dezernate geschaffen werden sollten unter dem Deckmantel einerseits der Umwelt- und andererseits der Wirtschaftspolitik.



(Zuruf: Sie haben Volt vergessen!)

- Ja, Volt bekommt die Stabsstelle Digitalisierung, die wir im Übrigen schon vor sieben Jahren gefordert haben.

Liebe Kollegen von Volt, herzlichen Dank, dass ihr den Antrag von uns seinerzeit aufgenommen habt. Wunderbar.

Das Ganze folgt dem alten Strickmuster: eines für die einen, eines für die anderen. Das ist sehr durchsichtig.

Wenn hier auf München oder Frankfurt verwiesen wird, dann sei daran erinnert, dass beide Städte in Bundesländern liegen, die eine ganz andere Kommunalverfassung haben. Wenn wir München folgen würden, wäre unser Rat auch nur halb so groß, und wären wir in Hessen, wäre der Rat nur ein Drittel so groß, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Vergleich hinkt enorm.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wenn damit argumentiert wird, die Klimakrise müsse einen Klimadezernenten nach sich ziehen, bin ich absolut d'accord. Wer will dagegen sein? Aber wir leben doch momentan in der größten Krise, die Köln nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat, und wir erleben keine Schaffung des Gesundheitsdezernenten. Das ist doch Beleg dafür, dass es nicht um Inhalte geht, sondern um irgendwelche Etiketten, um am Ende Personenpolitik unter dem Deckmantel der Inhalte durchzuführen.

Last but not least: Ich gönne jedem von den genannten Kandidaten, die da durchgestochen wurden, von ganzem Herzen, dass er Dezernent wird. Das sind alles hervorragende Namen; einige sind auch hier im Raum. Aber dieses Verfahren erinnert doch wieder an die alten Machenschaften, an die alten Seilschaften. Es erinnert eklatant, Herr Petelkau, an die Stadtwerke-Affäre von vor drei Jahren, nur mit geänderten Spielpartnern.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

- Freu dich nicht zu früh, Christian. Jetzt steht nicht ihr im Mittelpunkt, jetzt sind es die Grünen, die an vorderster Front mitklüngeln.

(Zuruf: Das ist gelogen!)

Das ist ein schlechtes Menetekel. Ich hoffe, das bleibt eine Eintagsfliege. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Bürger oder - besser gesagt - lieber Steuerzahler! Kurz vorweg einige Worte an Frau Martin: Sie sprechen davon, dass wir in krassen Zeiten leben. Sagen Sie es genau! Wir leben in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik. Was macht das neue Ratsbündnis? - Städtische Posten und Jobs ohne jede Scham schaffen. Typisch Kölscher Klüngel!

In Köln gibt es aktuell viele Menschen und Familien, die aufgrund von Corona um ihre Existenz bangen und nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Viele der sogenannten Maßnahmen gegen Corona sind irrsinnig und führen zu noch mehr wirtschaftlichem Elend. Die von Grünen und CDU getragene Oberbürgermeisterin träumt dann auch noch vom totalen Lockdown. Das kann man keinem Gastronomen, keinem Friseur, keinem Kurzarbeiter, keinem Einzelhändler erklären und schon gar nicht diese Stellenorgie.

(Beifall bei der AfD)

Da hauen Sie wirklich dem Fass den Boden aus.

Was macht jetzt die Kölner Koalition aus Grünen und CDU plus der Absicherung durch Volt? - Sie schafft zwei neue Beigeordnetenstellen. B 8 ist das. In Worten: über 11.000 Euro pro Monat. Das wollen Sie den gebeutelten Menschen dort draußen erzählen? - Es geht doch auch ohne diese Stellen aktuell.

(Beifall bei der AfD)

Dann soll es jetzt hier irgendeine Pseudoaus-schreibung geben, und dafür soll dann auch noch



ein Personalberater eingestellt werden, der dann wiederum Geld kostet. Der Steuerzahler sagt Danke!

Glauben Sie bitte auch nicht, dass Sie die zerstörten Arbeitsplätze durch städtische Jobs retten können. Das ist nämlich eine Milchmädchenrechnung. Die müssen nämlich von den Leuten dort draußen bezahlt werden.

Laut der Kölner Medienlandschaft ist es sowieso schon klar, wer es wird: ein Ratsherr unter uns, irgendein Grüner, und dann ist die Sache auch schon gegessen. Nicht zu vergessen die ganzen Jobs, die dann mit den Dezernaten kommen.

Zu Volt: So kurz dabei und schon mittendrin im Kölschen Klüngel. Ich bin gespannt, was Sie in der nächsten Zeit noch bekommen werden.

(Beifall bei der AfD)

Dann vielleicht noch kurz etwas zur Bestellung der neuen Stadtdirektorin. Das ist auch ein Beispiel für Parteiklüngel. Parteiproporz geht in dieser Stadt vor Kompetenzproporz. Die versierteste Beigeordnete ist Frau Prof. Dr. Diemert, das weiß hier jeder. Warum wird sie nicht bestellt? - Weil sie nicht CDU-nah ist und wohl eher von den Grünen kommt. Mir glaubt wohl jeder, dass ich kein Fan der Grünen bin und meine Fraktion schon gar nicht.

(Beifall bei der AfD)

Das ganze Vorgehen, das Sie hier an den Tag legen, untergräbt das Vertrauen in die Demokratie. Dadurch wird kein Risikopatient von Corona gerettet, keine privatwirtschaftliche Existenz gerettet, die infolge von Corona leidet, und spätestens nach Greensill hätten wir das Ganze hier stoppen müssen. Das ist schamlos. Der Steuerzahler hat das nicht verdient. Lassen Sie uns effizient sein, lassen Sie uns die Stadtspitze kleinhalten. Keine deutsche Aktiengesellschaft hat so einen großen Vorstand. Man kann das auch mit wesentlich weniger Leuten machen. Deshalb: Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben auch einen eigenen Änderungsantrag, den ich hier kurz begründen möchte.

Wir sagen Ja zu einem Klimaschutzdezernat. Wir finden es gut, wenn sich im Stadtvorstand eine weitere Stimme für den Klimaschutz entschieden einsetzt, und unterstützen diesen Plan.

Wir kommen aber nicht damit klar und verstehen nicht, warum neben einem Stadtentwicklungsdezernat ein zweites Stadtentwicklungsdezernat gegründet werden soll oder warum wir das statt eines Stadtentwicklungsdezernates gründen. Das entzieht sich unserer Kenntnis, und das halten wir in der Tat für überflüssig und lehnen daher dieses zweite zusätzliche Dezernat ab.

Wir sagen auch Nein zu - wie soll man sagen? - der Veränderung des Aufgabenbereiches von Frau Blome. Wir haben Frau Blome als Beigeordnete für Verkehr gewählt - übrigens auch mit unseren Stimmen -, und diese Tätigkeit soll sie bitte weiter ausüben. Natürlich brauchen wir eine neue Stadtdirektorin oder einen neuen Stadtdirektor, aber dies soll bitte durch eine Ausschreibung geschehen. Daher lehnen wir diesen Punkt im Antrag von CDU, Grünen und Volt ebenfalls ab.

Eine Nebensächlichkeit, aber eigentlich auch keine Nebensächlichkeit ist zum Beispiel die Geschichte mit dem Denkmalschutz. Auch da lehnen wir die Verlagerung dieses Amtes ab und sagen: Das soll im Dezernat für Kultur bleiben.

Zur SPD und ihrem Antrag: Ja, wenn man vom Kuchen nichts abkriegt - das ist nun einmal leider so -, ist vollkommen selbstverständlich, dass man die neuen Dezernate nicht will.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben uns immer auch dafür ausgesprochen, dass die großen Fraktionen angemessen proportional im Stadtvorstand vertreten sein sollen mit



ihrem Vorschlagsrecht etc. Das ist ganz klar. Das wird hier höchstwahrscheinlich nicht der Fall sein, aber wir werden mal die Ausschreibung abwarten, und am Ende entscheidet der Rat, wer diese Tätigkeiten bekommt oder nicht bekommt. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, da wir zum Klimaschutzdezernat stehen.

Wir haben uns alle vorliegenden Anträge angeschaut, und ich weiß nicht, wie wir es gleich im Abstimmungsverhalten machen werden. Natürlich könnten wir viele Sachen punktweise abstimmen. Manchen Punkten würden wir zustimmen, anderen eben nicht. Wir haben stattdessen einen eigenen Änderungsantrag eingebracht, der die Sache unserer Ansicht nach richtig sortiert: Ja zum Klimaschutzdezernat, Nein zu den anderen Überlegungen. Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich nichts sagen, weil wir dachten, wir halten die Sitzung wegen Corona kurz, aber so eine Diskussion ist auch wichtig und richtig.

Wir von Volt können natürlich grundsätzlich Kritik verstehen; Zeiten ändern sich. Aber gerade als Politikneulinge ist es für uns erstaunlich, dass eine Stadt wie Köln mit über 20.000 Mitarbeitenden nur sieben Chefs und Chefinnen hat. Wir wollen in den kommenden viereinhalb Jahren wirklich etwas voranbringen in Köln - gerade, weil wir an einem so historischen Scheideweg stehen.

Wie gehen wir mit den Folgen der Corona-Pandemie um? Wie schaffen wir die Verkehrswende? - Wir müssen jetzt handeln im Klimaschutz, in der Unterstützung der Wirtschaft während und nach einer globalen Pandemie mit der digitalen Transformation. Dazu brauchen wir entsprechende Expertise und Handlungsmöglichkeiten. Die können wir mit den angepassten Dezernatsstrukturen erreichen.

Wichtig ist, dass das ein sauberer Besetzungsprozess für alle ist, den wir hier heute beschließen. Das hat nichts mit negativem Klüngel zu tun. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wortmann, Herr Petelkau und Herr Hock. Aber zunächst Herr Wortmann bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es von meinem Platz aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde diesen Antrag und auch die Änderungsanträge ablehnen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil aus keiner Begründung hervorgeht, was diese Maßnahme bewirkt, um die Verwaltungsreform weiter zu befeuern. Sie würfeln hier mit Dezernaten und Amtsleitungen herum, ohne möglicherweise die Auswirkungen auf die breite Mitarbeiterschaft einschätzen zu können.

(Beifall bei der AfD)

Das mag bei Jennifer Glashagen eben durchgeklungen sein, aber, Entschuldigung, dafür sind Sie einfach zu jung.

(Zurufe: Oh!)

- Zu jung im Rat. Entschuldigung!

Das ist jetzt die zweite Reform, die ich hier erlebe, und die führt genauso wenig zu einer Verwaltungsreform, wie es vorher geschehen ist. Deshalb lehne ich diesen Antrag ab. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Ich mache das auch einmal von hier.



Frau Reker! Liebe Kolleg*innen! Sie waren so freundlich, unseren Antrag zum Dezernatskarussell von der Tagesordnung zu nehmen. Vielen Dank. Das erspart mir viel Arbeit.

Trotzdem, unser unterbezahlter Redenschreiber hat mir etwas mit auf den Weg gegeben, und das muss ich irgendwo loswerden. Ich nutze die Gelegenheit also hier.

Das A in PARTEI steht für Arbeit. Deswegen begrüßen wir natürlich die Errichtung neuer Dezernate. Selbstverständlich sollen die personell auch möglichst ausgiebig bestückt werden. Wir gehen davon aus, dass die neuen Dezernate und Zuständigkeitsregelungen nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch neue Arbeit generieren. Wir freuen uns auf Zuständigkeitsgerangel und *Passierschein A 38* hin- und hergeschickt; das wird sicher sehr gut.

Das K in PARTEI steht für Klüngel. Deswegen können wir dem Antrag leider nicht zustimmen. Wir wurden nicht berücksichtigt bei diesem Personalkarussell. Das bedauern wir sehr. Wir müssen unsere Leute unterbringen, um ein bisschen weiterzukommen. Dafür haben Sie sicherlich Verständnis. Deswegen können wir dem so, wie es sich jetzt gerade im Antrag darstellt, nicht zustimmen.

Dann noch eine ganz kurze Sache: Das R in PARTEI steht für Rechtsstaat. Herr Petelkau sprach es eben an: Es sind hier im Vorfeld schon Namen gefallen für die Besetzung der Dezernatsspitzen. Das halte ich für sehr schwierig. Es gibt sogar grundrechtlich verankert nach Artikel 33, wie Sie sicherlich wissen, einen Grundsatz Bestenauslese. Man fragt sich: Wie kann man wissen, wer der Beste ist, wenn man schon vorher weiß, wen man für einen Platz benennt, der noch nicht einmal ausgeschrieben worden ist?

Deswegen: Die PARTEI ist wachsam, wir halten die Augen auf. Schauen wir einmal. Wir stellen den Antrag einfach noch einmal nächstes Mal. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleg*innen! Vielen Dingen von dem, was hier gesagt wurde, kann ich mich anschließen, aber eher in einer bunten Mischung, was auch - wie mein Kollege Zimmermann sagte - dazu geführt hat, dass wir uns entschieden haben, einen eigenen Antrag zu stellen.

Klar ist aus unserer Sicht: Wir brauchen ganz dringend mehr Fokus und mehr Gewicht auf das Thema Klimaschutz - so, wie wir es jetzt auch beantragt haben - mit einem weiteren Dezernat zum Thema Klimaschutz und am liebsten parallel, was dann quasi eine Kombination aus den beiden anderen Anträgen wäre, also in Kombination mit einem Nachhaltigkeitsmanager oder einer Nachhaltigkeitsmanagerin, die direkt der Oberbürgermeisterin untergeordnet ist und sich damit auf der Metaebene darum kümmert, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei allen Themen, Dezernaten und Entscheidungen konsequent berücksichtigt wird.

Ich möchte auch noch einmal kurz darauf hinweisen, dass auch wir es nicht verstehen, dass das Thema Wohnen, was wir als ähnlich wichtig erachten wie das Thema Klimaschutz, gerade zu jetzigen Zeiten, wie eben auch schon gesagt wurde, auf mehrere Dezernate verteilt wird.

Abgesehen davon macht eine Umstrukturierung der Dezernate und Zuständigkeiten unserer Meinung nach nur Sinn, wenn jegliche Erkenntnisse aus der bisherigen Arbeit der Verwaltungsreform zur Optimierung der Organisationsstruktur berücksichtigt werden. Wir fragen also: Welche Erkenntnisse liegen diesbezüglich vor?

Auch möchte ich auf die seit Juli 2016 bestehende ISO 37101 - nachhaltige Entwicklung von Kommunen, Managementsystem für nachhaltige Entwicklung -, die mit den dazugehörigen Leitfäden hier sinnvolle evidenzbasierte Vorgaben geben würde, hinweisen.

Grundsätzlich gilt natürlich auch unserer Meinung nach, dass neu zu besetzende Posten ausgeschrieben werden sollten. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat noch einmal Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur zwei Hinweise. Erstens zu dem unsäglichen AfD-Beitrag, den ich hier entschieden zurückweise. Wir haben erstklassige Dezernent*innen, die einen hervorragenden Job machen und die auch künftige Jobs wunderbar ausfüllen werden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Zweiten zum Verfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es hilft, auch wenn einem Anträge nicht gefallen, wenn man diese Anträge liest. Dort ist klar beschrieben: Positionen werden ausgeschrieben. Damit sollte das wohl allen klar sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann würde ich Ihnen zunächst gern vor der Abstimmung den Hinweis geben, dass die Gemeindeordnung vorsieht, dass die Geschäftskreise der Beigeordneten im Einvernehmen zwischen Oberbürgermeisterin und Rat festgelegt werden. Entsprechend stimme ich bei den betreffenden Punkten nicht mit, sondern erkläre hiermit meine Zustimmung. Mit dem Beschluss des Rates wird dann das Einvernehmen hergestellt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wo stimmen Sie denn zu? Dem SPD-Antrag?)

- Ich lese Ihnen das gern noch einmal vor, weil es der Vorgabe entspricht, aber ich denke, Sie haben mich schon verstanden.

Ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen, anschließend über den Änderungsantrag der Ratsgruppen und dann über den Ursprungsantrag.

Wer dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der AfD und der LINKEN. Dann ist der abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Ratsgruppen abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Ratsgruppen GUT, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von AfD, FDP, der Ratsgruppe GUT, von Herrn Wortmann, von der SPD-Fraktion, der LINKEN, von den KLIMA FREUNDEN und der PARTEI. Enthaltungen? - Diese gibt es nicht. Dann ist dem zugestimmt, und es ist so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr, dass Sie sich auf eine ständige Vertreterin für mich als Oberbürgermeisterin verständigen konnten und damit auch diese wichtige Position der Stadtdirektorin bald wieder besetzt ist.

Sogleich gratuliere ich natürlich der Beigeordneten Andrea Blome sehr herzlich dazu, dass sie der Rat der Stadt Köln zur neuen und ersten weiblichen Stadtdirektorin Kölns bestellt hat.

(Lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich - Bernd Petelkau [CDU] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] übergeben der Beigeordneten Andrea Blome Blumen)

Liebe Andrea Blome, die städtischen Blumen wurden schon coronakonform ins Büro geliefert. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit. Auch wenn wir uns noch etwas gedulden müssen, denke ich, dass wir auch diese Vakanz noch überbrücken können.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf Tagesordnungspunkt



3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Immobilie Hornstraße 2 (ehemaliges Pascha) sinnvoll nutzen“ AN/0533/2021

Hier hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich erzähle Ihnen nichts Neues: Das Hochhaus Hornstraße 2 steht leer. Der Betreiber des größten Laufhauses - so heißt das wohl - Europas, die Lobscheid Ltd., ist insolvent. Das Pascha ist zunächst einmal Geschichte.

Damit haben wir, der Rat der Stadt Köln, die einmalige Möglichkeit, zu überlegen, was denn in Zukunft aus diesem Hochhausstandort werden soll. Okay, das wissen wir, wir lesen auch Zeitung: Das Gebäude ist mittlerweile für 11 Millionen Euro verkauft. Auch das konnten Sie lesen. Die neuen Besitzer planen dort dem Vernehmen nach erneut ein Großbordell. Aber wer sagt denn, dass das so kommen muss?

Meine Fraktion ist der Meinung, dass die Immobilie und seine Umgebung etwas Besseres verdient haben. Das Gebäude kann weitaus sinnvoller genutzt werden als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Wir schlagen vor, anstelle des bisherigen Bordellbetriebs für die Hornstraße 2 ein sozial und kulturell ausgerichtetes Nutzungskonzept zu entwickeln. Bei den etwa 100 Einzelzimmern mit eigener Nasszelle in der Hornstraße 2 und bei der Wohnungsnot hier in Köln drängt sich ein Wohnprojekt geradezu auf. Appartements für Obdachlose, für Geflüchtete, aber eben auch für Studierende und Auszubildende - ein solch gemischtes Wohnkonzept wäre der Schritt in die richtige Richtung: gegen Ghettoisierung, für Integration und für bezahlbaren Wohnraum gerade für junge Menschen in dieser Stadt.

Nein, wir sind nicht blauäugig. Solch ein Projekt läuft natürlich nicht von allein. Da braucht es professionelle Unterstützung, psychosoziale Betreuung und Hilfe bei der Integration in den Alltag und

beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt. Ja, das kostet Geld, aber das ist gut angelegtes Geld, so finden wir, und wir sind uns sicher, dass wir das an anderer Stelle doppelt und dreifach wieder einsparen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Stadt das nicht selber machen will oder kann: In dieser Stadt gibt es mehr als einen Träger, der über die nötige Kompetenz verfügt und diese Aufgabe sicher gern übernehmen will.

Es geht aber noch weiter: Im Erdgeschoss der Hornstraße 2 befindet sich - so kann man bei *Wikipedia* lesen - zumindest ein Saal, den man als Begegnungsstätte von Kunst und Kultur und als multifunktionalen Veranstaltungsraum nutzen könnte. Irgendwann ist diese Pandemie hoffentlich einmal vorbei. Wir sind uns sicher, dass die benachbarten Betreiber des Odoniens und des WandelWerks gern an der Entwicklung eines solchen Konzeptes mitarbeiten würden. Sie sollten deshalb aktiv in diesen Prozess beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, den ich noch einmal kurz zusammenfasse - bei der Menge an Papier, die wir heute zu lesen hatten -: Die Verwaltung wird beauftragt, das Objekt Hornstraße 2 zu erwerben, um dort ein soziokulturelles Nutzungskonzept zu etablieren. Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit just dieser Nutzungszweck und nur dieser Nutzungszweck realisiert werden kann. Last but not least: Die 2018 - das ist schon ein bisschen her - vom StEA beauftragte Neuordnung des Bereichs ist von der Verwaltung doch bitte, bitte endlich anzugehen, selbstverständlich unter Beteiligung der BVen und der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, ich komme bald zum Ende. Das von uns vorgeschlagene Nutzungskonzept würde der Stadt nicht nur bei der Unterbringung von Menschen helfen. Ein solches Projekt einer integrativen soziokulturellen Nutzung einer Großimmobilie hätte Modellcharakter und würde weit über die Stadt hinaus strahlen. Außerdem würde dieses Areal erheblich aufgewertet



und endlich den Schmuttelcharakter verlieren, der ihm durch das Großbordell anhaftet und den es nie verdient hatte.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Ich hielte es für einen sehr schönen Nebeneffekt, wenn meine Vaterstadt den höchst fragwürdigen Titel *Stadt mit dem größten Bordell Europas* endlich nicht mehr tragen müsste.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte nochmals um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Uns liegt jetzt der zweite Vorstoß der SPD-Fraktion zur Immobilie Hornstraße 2 vor, wobei der Unterschied zum ersten Antrag im Kauf statt in der möglichen Beschlagnahmung liegt. Wie heißt es so schön: Doppelt hält eben besser.

Beim ersten Lesen haben die Ideen einen gewissen Charme: Wohnen für Auszubildende, Studierende, Unterbringung obdachloser Menschen, Begegnungsstätte, Ort für Kunst und Kultur, modellhafte Projekte mit psychosozialer Betreuung und auch noch Hilfen zur Integration und Beschäftigungsförderung. Das gesamte Programm eben.

Es ist unbestritten, dass wir mehr Wohnraum für viele unterschiedliche Bevölkerungsgruppen benötigen. Dazu sind auch innovative Denkmodelle hilfreich. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, nicht hilfreich ist es, ein Gebäude kaufen zu wollen, bei dem quasi eben erst ein Eigentümerwechsel vollzogen worden ist.

Noch schlechter ist die Idee, wenn man weiß, dass hier nur Gewerbe zulässig ist und kein dauerhaftes Wohnen. Die notwendige Umwidmung wäre mit hohem Aufwand verbunden und würde

sich ewig hinziehen. Und warum sollte der Betreiber, für den die bisherige Nutzung als Laufhaus mit Zimmerpreisen um 1.000 Euro die Woche äußerst lukrativ ist, das Objekt überhaupt verkaufen wollen?

Bei so einem Kasten mit zehn Stockwerken und 126 Appartements aus den 70er-Jahren stellt man sich unweigerlich die bange Frage zum baulichen Zustand und zu notwendigen Anforderungen für eine Sanierung. Wir haben damit ja unsere Erfahrungen gemacht. Ich werfe nur kurz das Stichwort *Bonotel* ein. Das ist aus den 80er-Jahren und hatte recht viele Überraschungen parat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht richtig ärgerlich ist das Vorpreschen der SPD in Bezug auf das Thema Kauf einer Immobilie durch die Stadt Köln. Offenbar geht es ihr vor allem um mediale und öffentliche Aufmerksamkeit. In der Begründung weist die Fraktion auch selbst stolz darauf hin, also noch eben den Schwung mitnehmen. Anders ist jedenfalls nicht zu erklären, wieso sie diesen handwerklichen Fehler begeht. Geschäfte dieser Art werden üblicherweise im nichtöffentlichen Raum diskutiert. Ansonsten ist jede Chance vertan, ein Gebäude zu einem vertretbaren Preis durch die Stadt Köln zu erwerben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu haben wir inzwischen auch hinreichend Erfahrungen gemacht. Das weiß die SPD auch. Sorry, liebe Kolleginnen und Kollegen, das lässt umso mehr an der Ernsthaftigkeit des Antrags zweifeln.

Auch wenn die SPD mit ihrem Antrag recht viel Fantasie entfaltet und sogar noch die beschlossene städtebauliche Neuordnung der Umgebung in Punkt 4 einfordert, lehnen wir den Antrag aus den oben genannten Gründen ab. Das Haus steht schlichtweg nicht zum Verkauf. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe SPD-Fraktion! Danke, Frau Heuser, Sie haben mir vieles vorweggenommen. Ich habe das erste Mal von dieser Idee gehört, das Pascha in eine Unterkunft für Obdachlose zu wandeln, und dachte: Respekt, das ist mal ein richtig guter PR-Gag. Das lief ja auch. Zu dem Zeitpunkt wurde die Insolvenz des größten Bordells Europas bekannt, deshalb durfte man tatsächlich mal eine Minute an so etwas denken. Heute jedoch sieht es ganz anders aus. Das Gebäude ist von Privatbesitz in einen anderen Privatbesitz gewechselt, und man hatte genug Zeit, darüber nachzudenken, warum diese Idee leider nicht mehr ist als ein guter PR-Gag.

Ich könnte meinen Beitrag mit den Worten beenden, dass die Stadt keinen direkten Zugriff auf die Immobilie hat - wie Frau Heuser schon festgestellt hat - und sich das Thema somit erledigt hat. Ich möchte Ihnen aber den Gefallen tun, die Was-wäre-wenn-Frage nicht außer Acht zu lassen. Was wäre, wenn die Immobilie von der Stadt Köln erworben werden könnte?

Als Erstes müsste man sich die Frage stellen, ob und - wenn ja - mit welchem Aufwand eine baurechtliche Genehmigung für eine von Ihnen angestrebte multifunktionale Nutzung erreicht werden könnte. Ein Gebäude, seit den 1970er-Jahren als Bordell gewerblich genutzt und damit baurechtlich dem Bestandsschutz unterliegend, würde bei einer Umnutzung diesbezüglich komplett neu bewertet werden. Meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Bausektor werden mit mir erahnen können, was das zeitlich und auch monetär bedeutet. Ob die Immobilie für den angestrebten Zweck überhaupt genutzt werden kann oder unter Umständen sogar abgerissen werden muss, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Der monetäre und zeitliche Faktor legt hier nahe, eine vielleicht weniger utopische Lösung zur Unterbringung vor allem von Obdachlosen zu finden; denn das war eigentlich Ihre Ursprungsidee.

Nachdem aber klar wurde, dass man nicht 150 Obdachlose mal eben in einem geschlossenen Bordell unterbringen konnte, wurden mit Studierenden, Auszubildenden, Geflüchteten und der Kultur weitere unterstützenswerte Gruppen mit ins Boot geholt. Da darf man ja gar nicht Nein sagen, um nicht als unmenschlich zu gelten.

Nun hat aber der Ausschuss für Soziales und Senioren in seiner letzten Sitzung genau hier schon viele Maßnahmen beschlossen, die kurzfristig umgesetzt werden können und keiner jahrelangen Luftplanung bedürfen. Da Sie dabei gewesen sind, werde ich Ihnen die Details hier ersparen.

Lassen Sie uns auch noch von Menschenwürde sprechen. Der sozialen Durchmischung dienlicher wäre es gewesen, wenn hier nicht wieder eine Konzentration von Unterkünften für Obdachlose gefordert werden würde. Glaubwürdiger und sozialer wäre ein Umbau in ein Mehrfamilienhaus für Familien mit drei oder mehr Kindern gewesen; denn nur durch großzügige Strukturen lässt sich eine solche Atmosphäre aufbrechen.

Von der Würde der bisherigen Bewohnerinnen möchte ich gar nicht erst anfangen. Wer hat sich hier darüber Gedanken gemacht, wo sie untergekommen sind, wovon sie leben und wie ihre Zukunft aussieht? Haben Sie sich mit der Historie des Hauses beschäftigt, welches ausdrücklich von der Stadt unterstützt wurde, um die Prostitution aus der Kleinen Brinkgasse herauszubekommen? Da man inzwischen herausgefunden hat, dass Prostitution nicht verschwindet, weil man sie an einem Ort verbietet, würden wir auch hier eine städtische Lösung benötigen.

Eigentlich schafft Ihr Antrag mehr Probleme, als er löst. Deshalb kann man es eigentlich wieder auf den Punkt am Anfang meiner Rede bringen: Das Haus ist offensichtlich nicht auf dem Markt und somit als Verfügungsmasse für einen Antrag nicht vorhanden. Bevor Sie jetzt wieder mögliche Instrumente erwähnen, sei Ihnen gesagt, dass das nicht der richtige Ort für Enteignungsfantasien ist. Wir werden deshalb diesen Antrag ebenfalls ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer an den Geräten! Dieser Antrag ist der Versuch von der Sozialdemokratie, mit der Methode *Sex sells* ein bisschen Aufmerksamkeit zu generieren.

Ich gebe gern zu, bei uns in der Fraktion haben wir alle etwas geschmunzelt, als wir ihn gelesen haben. Es waren gewisse Detailkenntnisse enthalten, die mir so nicht geläufig waren, aber na ja.

Allerdings könnte man auch ganz boshaft sagen: Die SPD möchte einen Immobilieninvestor reich machen. Die Bude wurde gerade verkauft. Glauben Sie wirklich, dass derjenige Ihnen das einfach so weiterverkauft? - Der würde einen deftigen Aufschlag verlangen.

Deswegen: Es bringt, glaube ich, hier gar nichts, das Formulieren ganz offen im Rat über so ein Objekt. Das hätte man diskreter im Hintergrund machen müssen. Deshalb ist das für uns auch nur ein reiner Schaufensterantrag.

Aber kurz zur Historie: Die SPD-geführte Bundesregierung von Gerhard Schröder hat meines Wissens nach die Prostitution in Deutschland vollkommen normalisiert und legalisiert. Dazu kann man stehen, wie man will. Ich will gar kein Urteil darüber fällen. Aber jetzt wollen Sie das hier in Köln allein regeln, was Ihr letzter Bundeskanzler - der konnte wirklich Wahlen gewinnen - gemacht hat. Wir sind aber nicht der Deutsche Bundestag. Wir werden die Prostitution in Köln auch nicht im Alleingang verbieten können. Sie ist nun einmal legal, und Ihre Partei trägt nun einmal die Verantwortung dafür. Wenn überhaupt, endet es dann nämlich so, dass durch die Schließung dieses Ortes die Prostitution wahrscheinlich in den Untergrund verschwindet und unkontrollierbar wird usw. usf.

Der einzige Verlierer bei dem ganzen Vorgehen wäre definitiv der Steuerzahler. Der müsste den kopflosen Kauf finanzieren. Damit wäre dann wohl auch noch das nächste Unterstützungspaket für

die Sozialindustrie fällig. Sie schreiben ja von sozialen Trägern.

Auch wir als AfD - das wurde auch schon von dem einen oder anderen Vorredner angesprochen - haben erhebliche Zweifel daran, ob der Ort für ein Hilfsprojekt überhaupt geeignet ist und ob die starke Konzentration auf Menschen, die hilfsbedürftig sind, Sinn macht.

Der Antrag ist aus unserer Sicht ein Versuch, Öffentlichkeit zu generieren, erklärt aber nicht, was mit den Prostituierten passieren soll - das ist vorhin auch schon von der FDP-Rednerin angesprochen worden -, die haben schließlich auch eine Würde. Ich glaube, keiner hier will die auf weitere unkontrollierbare Straßenstriche oder sonst wohin schicken. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag zu Tagesordnungspunkt 3.1.8 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Die PARTEI. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die Ratsgruppe GUT, die LINKEN und die KLIMA FREUNDE.

(Zuruf: Und Die PARTEI!)

DIE LINKE habe ich gesagt und die KLIMA FREUNDE. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**3.1.10 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Masterplan Grün Köln“
AN/0535/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe KLIMA FREUNDE
AN/0599/2021**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0603/2021**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0612/2021****Änderungsantrag der Gruppen Die
PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT
Köln
AN/0619/2021**

Es hat zunächst Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen! Ich freue mich wirklich unheimlich, diesen Antrag Ihnen hier heute vorstellen zu dürfen. Köln ist sehr stolz auf seine Grünzüge, seine Grüngürtel, auf das Netz aller Grünflächen. Man muss aber auch sagen, dass die Bestände und Qualitäten sehr unterschiedlich und planungsrechtlich nicht immer gesichert sind. Geht es um eine bestimmte Grünfläche, zum Beispiel für eine Bebauung, dann müssen die verschiedensten Planungen wie Flächennutzungspläne und Landschaftspläne konsultiert werden oder auch mitunter regional sehr kleine Planungen. Deshalb gibt es auch immer wieder die Versuche des Zugriffs auf diese Grünflächen. Denn es herrscht auch bei manchem Investor gern die Meinung vor, wie ich sie selbst schon gehört habe: Das ist doch nur Grün, dort ist doch nichts, da kann man doch bauen.

So soll es nicht sein! Wir wollen weiter unsere Grünflächen schützen, und wir müssen sie planungsrechtlich sichern. Unser Antrag sieht also zum einen die Sicherung der vorhandenen Flächen vor, die Komplettierung. Das soll einer Verbesserung des Stadtklimas dienen und auch zur Aufenthalts- und Erholungsfunktion der Bevölkerung weiterhin genutzt werden können.

Es sollen die Grünflächen mit Blick auf die Art der planungsrechtlichen Absicherung erfasst werden, und sie sollen, soweit nicht vorhanden, qualifiziert und eben dann auch gesichert werden. Des Weiteren sollen Potenziale für eine ökologische Aufwertung und Weiterentwicklung gehoben werden, und nicht mehr notwendige Verkehrsflächen sollen für eine eventuelle Entsiegelung identifiziert werden.

Zu den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen nur ganz kurz: Dem Antrag der FDP können wir nicht folgen, weil das, was wir an Sport dort sinnvoll finden, ist mit dem Terminus *Erholungsfunktion* schon abgesichert. Der Profisport hat in den Kölner Grünflächen nichts zu suchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Änderungsantrag der LINKEN finden wir in Umfang und Stil bedenklich, und wir sehen uns eigentlich außer Stande, den zu übernehmen.

Der Änderungsantrag der SPD fordert, wie ich finde, qualitativ wirklich einige sinnvolle Festsetzungen. Allerdings ist unser Antrag nur planungsrechtlich gemeint. Der sagt überhaupt noch nichts über die Qualitäten aus. Das sollte dann auch erst einmal in einem Fachausschuss beraten und weiterentwickelt werden.

Fazit: Alle bisherigen Konzepte sollen zusammengeführt und gegebenenfalls angepasst werden und dann für alle Menschen in dieser Stadt eine verbindliche Referenz darstellen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! *Eine Lebensfrage Kölns: Wald, Feld und Wiese vom Rhein bis zum Rhein* - das ist der Titel, den Konrad Adenauer einem Artikel gegeben hat, den er 1920 im *Kölner Stadt-Anzeiger* veröffentlicht hat und in dem er seine Pläne für die Gestaltung der Grüngürtel vorgestellt hat.

Nun ist es auch heute noch eine Lebensfrage aus meiner Sicht. Es gibt aber auch wesentliche Unterschiede zu der Zeit von vor 100 Jahren. 1920 hatte Köln etwa 660.000 Einwohner, heute sind wir bei etwa 1,1 Millionen. Damit ist der Nutzungsdruck, der auf den Grünflächen liegt, wesentlich



gestiegen. Wir erleben das jetzt gerade im Lock-down: Bei den ersten Sonnenstrahlen sind wir alle draußen, wir gehen an den Rhein, wir gehen in die Grüngürtel und in die Parks und beanspruchen dadurch natürlich auch extrem unsere Grünflächen.

Außerdem konnte sich Konrad Adenauer noch nicht den Klimawandel vorstellen, der uns heute begleitet und auf den wir uns einstellen müssen, wodurch für das Stadtklima die Grünflächen noch einmal wichtiger werden.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Wir leben in einer wachsenden Stadt. Das bedeutet eben auch extreme Flächenkonkurrenzen. Wir alle wissen, dass wir eine freie Fläche immer mit mehreren Funktionen auch nutzen könnten, wenn wir das denn könnten. Für Schulen, für Wohnbau, für Gewerbe brauchen wir dringend Flächen. Darin liegt meiner Meinung nach auch die Leistung dieses Antrags, dass wir einen Masterplan Grün aufstellen, der die Grünflächen bzw. das städtische Grün sichert.

Nun reicht allein das Bewahren nicht aus. Wir müssen das Grün auch qualifizieren und weiterentwickeln. Da möchte ich vier Aspekte aus dem Masterplan Grün aufgreifen.

Wir wollen die vorhandenen Konzepte konsolidieren. Das gehört auch dazu. Man muss sagen: In den vergangenen Jahren wurde schon stark daran gearbeitet, und es wurde auch schon gute Konzepte erstellt. Die wollen wir durchsehen und strategisch dann im Masterplan bündeln.

Wir wollen die Grünflächen planungsrechtlich absichern und eben Möglichkeiten der ökologischen Aufwertung aufzeigen, wie man Artenvielfalt auf den vorhandenen Flächen stärker fördern kann.

Zudem wollen wir Flächen identifizieren, die entsiegelt werden können. Gerade für Grün ist es möglich, dass man auch kleinteilige Flächen nutzt. Das müssen gar nicht die großen Flächen sein. Aber das städtische Grün wird davon profitieren.

Konrad Adenauer wollte etwas schaffen, wovon auch die nachfolgenden Jahrhunderte etwas haben, und der Masterplan Grün leistet einen Beitrag dazu, dass es weitere 100 Jahre werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Jäger das Wort.

Christiane Jäger (SPD): Ich mache das einmal von hier aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da liegt ein Antrag vor, und dann reicht die SPD einen Änderungsantrag ein, der den Charakter eines Ersetzungsantrages hat. Warum? Waren wir hobbylos? Hatten wir zu viel Freizeit? - Nein! Das haben wir deswegen gemacht, weil uns die Entwicklung des Kölner Grüns wichtig ist und weil der vorliegende Antrag uns zu wenig greift.

Der vorliegende Antrag ist ein Auftrag an die Verwaltung, in Form einer Fleißarbeit zusammenzustellen, Sachstände zusammenzutragen und aufzuzeigen, wo einzelne Konzepte stehen. Der vorliegende Antrag sagt: Es muss ein Abgleich mit der Stadtstrategie stattfinden. Ganz ehrlich: Die Stadtstrategie muss überhaupt erst einmal abschließend politisch im Rat beschlossen werden, bevor sie mit irgendeinem Konzept abgeglichen wird.

(Beifall bei der SPD)

Das Agglomerationskonzept ist überhaupt nicht in städtischer Zuständigkeit. Also: Warum gleichen wir nicht mit dem Sportentwicklungsplan ab - Dinge, die lebendig sind, die wir beschlossen haben und die Auswirkungen haben?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Was wir jedoch für die Entwicklung des Kölner Grüns brauchen, ist eine Strategie: Wohin wollen



wir unser Kölner Grün entwickeln? Welche Entwicklungsziele brauchen wir? Wie kriegen wir Grün und Grünversorgung in die Stadtteile, die mit solchen Flächen unterversorgt sind?

(Beifall bei der SPD)

Die wichtigste Frage von allen: Wie können wir die vielfältigen Nutzungskonflikte auflösen? - Dafür braucht es eine strategische Antwort. Wir müssen aus dem Klein-Klein der einzelnen Fläche herauskommen. Wir müssen das Gesamte in den Blick nehmen. Wir müssen schauen, was Wohnungsbebauungen, wenn wir sie nicht machen, an Verdrängungen ins Umland bedeuten, weil die Leute hier keinen Wohnraum finden können. Was erzeugen wir dann für Verkehrsprobleme, die wir auch nicht haben wollen?

Also raus aus dem Klein-Klein, hin zur Gesamtstrategie. Das aber nicht nur in der Verwaltung und hier im politischen Rahmen, sondern das unbedingt mit denen zusammen, die das Grün nutzen, also mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, mit den Sportlern, mit den Naherholern. Es geht um Erholung, es geht um Energiegewinnung, es geht um Grün, es geht um Klimaschutz, es geht um Biodiversität usw. Es gibt mindestens 25 bis 30 verschiedene Nutzungen, die gilt es zusammenzubringen in einem Bürgerbeteiligungsprozess, damit wir dann am Ende gemeinsam einen Masterplan *Grün für Köln* haben, der diesen Namen auch verdient.

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingereicht, der ein Ersetzungsantrag ist, und deswegen lehnen wir als SPD den Ausgangsantrag und alle Änderungsanträge, die noch vorliegen, ab, weil sie nicht treffen. Wir bitten um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In unseren Augen macht ein weiterer

Masterplan dann Sinn, wenn wir die vorhandenen Einzelpläne, Konzepte usw. usf. zusammenfassen. Das mag vielleicht auch der Sinn des vorliegenden Antrags sein, aber Sie haben das - soweit ich das richtig verstehe - nicht beantragt. Korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege.

Um diesen Mangel auszugleichen, haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Die Frage ist: Was nützen uns die besten Masterpläne, wenn kein oder zu wenig Personal für dessen Umsetzung zur Verfügung steht?

Wir mussten zum Beispiel im Umweltausschuss zur Kenntnis nehmen, dass der Baumschutz gerade aus diesem Grund über Jahre vernachlässigt worden ist. Wir können also gemeinsam den Masterplan in einem großen Dokument zusammenfassen und dann auch aus dem Planungsstadium herauskommen in die Umsetzung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dem Antrag *Masterplan Grün Köln* hätten wir gern zugestimmt. Für die Vollendung des Grüngürtels ist die FDP schon immer. Wir hatten auch schon ein dickes Buch zur Vollendung hier, welchem der Rat einstimmig zugestimmt hat, mit ganz vielen wichtigen Projekten. Dies hier noch einmal zu bestätigen, halten wir für sehr wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Es wurde hier - das fand ich besonders wichtig - auch noch einmal Konrad Adenauer genannt und welche Botschaften und Zielsetzungen er damit hatte. Darum haben wir eigentlich nur ein Wort, das wir hier hineinbringen wollten, ein Wort, aber mit einer großen Bedeutung - insbesondere, wenn man die Botschaft der Schriften von Konrad Adenauer zum Grüngürtel kennt und weiß, warum er das gemacht hat. Darum sollte es dann so heißen:



Der Masterplan Grün dient der Sicherung der vorhandenen Grüngürtel ..., so wie der Aufenthalts-,

- jetzt kommt es -

Sport- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.

Was mussten wir hier gerade hören? - Die Sportfunktion soll gestrichen werden und hier nicht hineinkommen. Da frage ich mich: Wohin kommt das? - Nur, um den FC zu erwähnen - ich möchte dieses Thema jetzt gar nicht mehr öffnen, sondern man muss doch wissen, welche Sportvereine und Sportanlagen wir im Grüngürtel haben. Ich glaube, wir müssen da insbesondere die CDU-, Grünen- und Volt-Sportpolitiker mitnehmen und ihnen die einzelnen Vereine zeigen, die insbesondere auch Inklusionssportarbeit leisten,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

da man ihre Existenz hier einfach nicht sieht, weil man sich nur auf einer Wiese aufhält und gar nicht das Ganze sieht im Rechts- wie auch im Linksrheinischen. Das gilt nämlich für beide Seiten. Da hätte ich hier wird mehr erwartet.

Man kann gern den Sportentwicklungsplan einstimmig unterschreiben, aber wenn es dann darum geht, ihn zu sichern, jedoch das hier einfach nicht mitzunehmen, sondern zu streichen und bestimmte Sachen beim Grüngürtel herauszunehmen, dann muss ich sagen, dann steht nicht mehr der gesamte Rat hinter dem Sportentwicklungsplan, meine Damen und Herren. Das muss hier deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das wird jetzt hier dokumentiert, und das werden wir sicherlich auch mit den Sportvereinen besprechen. Wer noch Anwalt für den Kölner Sport ist und wer nicht, hat man, glaube ich, heute bei dieser Streichung gesehen. Wer *Sportfunktion* hört und meint, das wäre nur Profisport, der weiß nicht, was im Breitensport und im Ligabetrieb in Köln alles geleistet wird. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD) Ich mache es auch wieder von hier.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss heute zwei Lanzen brechen: einerseits für Herrn Breite, weil ich auch finde, dass Sport zum Grüngürtel gehört, und andererseits für die SPD, weil wir gerade diesen Änderungsantrag als sehr charmant empfinden.

Das Konrad-Adenauer-Zitat muss ich jetzt nicht mehr wiederholen. Die AfD ist wie die antragstellende Fraktion der Meinung, dass eine Großstadt wie Köln dem entsprechend viele Grünflächen auch innerhalb der Stadt haben sollte. Wir sind uns sicher, dass sich an der Stelle auch diverse Kommunalwahlprogramme überschneiden. Unter anderem haben auch wir in unseres hineingeschrieben: Wir befürworten weitere umweltfreundliche Maßnahmen wie Baumpflanzungen und zusätzliche Grünflächen etc.

Der Antrag hat natürlich ein kleines Geschmäcke, denn - liebe Kollegen von der CDU, verzeihen Sie es mir - es sieht so aus, als wenn Sie das schlechte Abschneiden in dem Bezirk rund um den Grüngürtel, vor allem in Lindenthal, damit so ein bisschen kaschieren wollen.

Zurück zum SPD-Änderungsantrag: Er ist, wie gesagt, sehr charmant. Einige Punkte sind darin aus unserer Sicht aber noch verbesserungswürdig. So würden wir niemals den Menschen vorschreiben wollen, die Dachbegrünung zu forcieren, sondern wir würden den Menschen natürlich die freie Meinung und Entscheidung darüber überlassen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Zimmermann.



Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir unterstützen den Ursprungsantrag der Antragstellerin und freuen uns, dass ein Masterplan für das Kölner Grün jetzt auf dem Weg ist.

Es wurde der Konflikt um das Grün schon angesprochen: Mehr Einwohner*innen brauchen nicht nur mehr Wohnungen in unserer Stadt, sondern sie brauchen auch deutlich mehr Grün. Unserer Ansicht nach ist das möglich, wenn wir beim Wohnen zunächst auf die versiegelten Flächen schauen und das Grün erhalten.

Doch was erleben wir tagtäglich? - Angriffe auf unser Grünsystem. An sehr vielen Stellen wird seit Jahren immer wieder am Grün geknabbert. Dies wollen wir beenden. Daher stellen wir einen Änderungsantrag. Es soll ein Punkt 6 ergänzt werden, der die Grünflächen, die im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, quasi unter Bestandsschutz stellt, und zwar so lange, bis der Masterplan fertiggestellt ist, sodass eben dort nicht weiter am Kölner Grün geknabbert wird. Wir nennen das auch *Grünfraß*. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt in folgender Reihenfolge abstimmen: zunächst über den Änderungsantrag der SPD, der in Wirklichkeit ein Ersetzungsantrag ist, anschließend über den Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE, dann über den Änderungsantrag der Ratsgruppen, den Änderungsantrag der FDP als Ergänzungsantrag und zum Schluss über den Ursprungsantrag.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - AfD, Ratsgruppe GUT und DIE LINKE. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um

das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Die PARTEI und die KLIMA FREUNDE. Enthaltungen? - AfD. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Ratsgruppen: Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Ratsgruppen. Enthaltungen? - AfD. Dann ist der Antrag auch abgelehnt.

Den Änderungsantrag der FDP rufe ich auf. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich den Ursprungsantrag auf. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist dieser Antrag so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Öffentliches Silvesterfeuerwerk“ AN/0542/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0618/2021

Ich gebe Herrn Schallehn das Wort.

Robert Schallehn (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Zum Thema Feuerwerk: Wir haben es im Kooperationsvertrag mit ganz vielen Themen zu tun und haben uns überlegt, wir wollen mit unserem Kooperationsvertrag im Bündnis ein Antragsfeuerwerk abbrennen. Wie könnte man das besser einleiten als mit einem Antrag zum Thema Feuerwerk?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Thema Feuerwerk beschäftigt mich persönlich auch seit langer Zeit. Wenn wir alle einmal ehrlich sind, ist Feuerwerk einfach unvernünftig.

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 33**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Feuerwerk ist unvernünftig, weil wir dort verbrennen. Wir erzeugen Feinstaub - PM 2,5, PM 10 - in ungeahnten Größen. 2.000 Tonnen an Feinstaub wird an diesem einen Tag in die Luft geblasen.

Bitte verzeihen Sie uns, dass noch die alten Zahlen des Umweltbundesamtes in unserem Antrag stehen. Die 2.000 Tonnen sind die aktuellen Zahlen.

Wir haben das Thema Plastikmüll, das beim privaten Feuerwerk abgebrannt wird. Es ist eine unglaubliche Menge an Müll, die wir mit dem privaten Feuerwerk in die Natur schießen. Wenn ich das damit vergleiche, dass wir ein Bußgeld auf Zigarettenkippen, die auf den Boden geworfen werden, in Höhe von 150 Euro erheben, ist das doch nicht in Relation zu setzen, dass wir dann an Silvester das ganze Plastik in die Natur verschießen.

Des Weiteren haben wir das Thema Tierschutz. Ich habe selbst einen Hund. Viele von Ihnen haben auch Haustiere. Wir alle als Haustierhalter wissen, was Feuerwerk mit den Tieren macht. Mein Hund Lucy würde sich sehr freuen, wenn wir weniger Feuerwerkszonen hätten, an denen privates Feuerwerk stattfindet.

Wir haben das Thema Brandgefahr. Denken Sie an den Krefelder Zoo. Das Thema ist virulent.

Wir haben die Unfallgefahr bei privatem Feuerwerk.

All das sind Gründe, warum Feuerwerk unvernünftig ist und warum wir schauen müssen, dass wir weniger privates Feuerwerk haben. Aber natürlich hat Feuerwerk auch eine Tradition. Einige Menschen - nicht alle Menschen - finden Feuerwerk schön. Deswegen balanciert unser Antrag mit einem städtischen, öffentlichen und professionellen Feuerwerk diese beiden Bedürfnisse aus und sorgt dafür, dass wir sowohl den Umweltschutz und den Tierschutz betrachten können als auch das Bedürfnis der Menschen nach einem angemessenen Jahreswechsel.

Ein Wort vielleicht noch zum Drohnenfeuerwerk, weil es mich auch durchaus öfter erreicht. Warum veranstalten wir nicht gleich ein umweltfreundliches

Drohnenfeuerwerk? - Das ist leider momentan noch ein Placebo. Selbstverständlich sind wir dabei, wenn es technisch möglich ist, das in Zukunft zu machen, aber momentan geht es nicht. Einfaches Beispiel: Drohnen fliegen nicht bei Wind oder Regen, und wir wollen nicht wie in Shanghai an einem anderen Tag unser Feuerwerk veranstalten.

Den SPD-Antrag lehnen wir ab, weil im Prinzip genau das Gleiche darin steht wie in unserem Antrag. Natürlich sollen in der Vorlage auch ein Sicherheitskonzept und die Finanzen stehen. All das soll darin stehen. Insofern brauchen wir den SPD-Antrag an der Stelle nicht.

(Christian Joisten [SPD]: Wir verbieten nicht! Das ist der Unterschied!)

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Spehl das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Wir als CDU-Fraktion schauen natürlich mit zwei Gesichtern auf diesen Antrag. Einerseits - das ist klar gesagt - treten wir für die Freiheit des Menschen ein und damit auch für die allgemeine Handlungsfreiheit. Die umfasst auch, dass man zu Silvester privates Feuerwerk veranstaltet. Deswegen sei hier klar gesagt, dass wir hier nicht weitergehen werden, als jetzt gerade der Antrag als Grenze zieht.

Auf der anderen Seite ist es ein wundervoller Kompromiss, den wir dort erzielen konnten, und vermutlich auch etwas, was unserer Heimatstadt und unserer Metropole schon lange gebührt, und zwar, dass wir endlich ein großes zentrales Feuerwerk bekommen. Wir sind die Millionenstadt hier in Nordrhein-Westfalen, aber hatten so etwas bis jetzt noch nicht. Deswegen ist es umso schöner, dass wir es bekommen, und zwar mit einer großen Festivität drum herum.



Ich glaube, wir dürfen viele Aspekte dabei nicht unterschätzen. Das ist auf jeden Fall der umweltpolitische Aspekt. Ich sehe auch ein, dass es viele Vorzüge haben wird, dass Menschen auf privates Feuerwerk verzichten. Das ist sehr schön, sehr gut und auch förderungswert.

Auf der anderen Seite ist es der wirtschaftliche Aspekt, weil wir damit die Attraktivität zu Silvester für unsere Heimatstadt noch steigern. Zu guter Letzt ist es der gesellschaftliche Aspekt. Es sind die Großveranstaltungen wie Kölner Lichter, St. Martin und Karneval, die die Gesellschaft stärken und die Einheit zusammenbringt. Deswegen finde ich es umso schöner, dass wir jetzt hier einen wegweisenden Antrag mit den Grünen und Volt auf den Weg gebracht haben, und bitte um Ihre Unterstützung. - Schönen Tag noch!

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort. Hatte sich noch jemand gemeldet? Herr Dr. Krupp, hatten Sie sich gemeldet?

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ja!)

Das war leider ein bisschen spät. Frau Röhrig ist schon unterwegs und stand auf der Rednerliste. Wenn Sie ihr bitte den Vortritt lassen wollen, wäre das sehr angemessen.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Okay!)

Danke.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein generelles Verbot des privaten Silvesterfeuerwerks möchte DIE LINKE nicht.

(Beifall bei der FDP)

Dem vorliegenden Antrag aber können wir zustimmen. Wir glauben, dass er einen guten Kompromiss darstellt zwischen Gesundheitsförderung

und Umweltschutz und auch den Menschen entgegenkommt, die an Silvester gern ein Feuerwerk haben möchten.

Es ist unbestritten, dass das Feuerwerk für eine kurze Zeit sehr viel CO₂ in die Luft bläst und damit den Klimawandel anheizt. Auch der freigesetzte Feinstaub beeinträchtigt die Gesundheit von vielen Menschen, auch wenn der Verband der pyrotechnischen Industrie das nicht wahrhaben möchte. Dazu gibt es sehr viele Untersuchungen, die auch schon hier in Köln gemacht worden sind. Ich denke da allein an die Berliner Straße in Mülheim.

Menschen werden verletzt, wenn unachtsame, unerfahrene oder betrunkene Feiernde mit Feuerwerkskörpern hantieren. Auch wenn die Zahl der ernsthaft Verletzten nicht groß sein wird, für uns in der Corona-Krise und, ich glaube, für beanspruchtes Klinikpersonal ist jeder unnötige Patient im Krankenhaus zu viel. Wer kann schon jetzt sagen, wann die Pandemie endgültig vorbei sein wird?

Die Verletzungsgefahr ist gerade in den engen Innenstadtbereichen groß. Deswegen würde es Sinn machen, hier ein Verbot auszusprechen, wenn es rechtlich machbar ist. Wer glaubt, unbedingt selbst böllern zu müssen, kann dann immer noch in weniger gefährdete Bezirke ausweichen. Alle anderen Innenstädter bekommen zum Ausgleich auf ihren Verzicht ein schönes Spektakel geboten. Mit dieser Lösung sollten alle leben können.

Der Änderungsantrag der SPD - ich habe mir ihn mehrfach durchgelesen und mit dem Antrag von Grünen, Volt und CDU verglichen - sagt nicht viel Neues aus.

(Vereinzelt Beifall)

In dem Beschlusstext ist nur ein einziger neuer Satz.

(Christian Joisten [SPD]: Das Verbot fehlt! Das ist der Unterschied!)



Deswegen muss ich Ihnen sagen, liebe Genossen von der SPD: DIE LINKE wird sich hier enthalten.
- Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Meine Damen und Herren, ich wasche meine Hände in Unschuld.

(Der Redner desinfiziert sich die Hände.)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag Silvesterfeuerwerk zeigt in erster Linie, wie dieses neue Ratsbündnis arbeitet, nämlich relativ uneinheitlich.

(Beifall bei der SPD)

Da sind die Grünen und vielleicht sogar auch Volt, die das in erster Linie aus Umweltgründen wollen, die bei zentraler Feuerwerkveranstaltung möglichst viel verbieten, und da ist die CDU, die das wahrscheinlich nicht will, aber dann Sicherheitsgründe vorschiebt, um es noch mitmachen zu können. Wenn das in den nächsten vier Jahre so weitergeht, dann gute Nacht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich will einmal auf den Antrag eingehen: Kern dieses Antrags ist offensichtlich, ein Zuckerli zu bieten mit dem zentralen Feuerwerk, um dann eine Verbotsorgie abzuhalten, was privates Feuerwerk in der Innenstadt angeht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Da muss ich Ihnen sagen, auch wenn der Redner Herr Schallehn von den Grünen es eben korrigiert hat: Es ist ja schon bezeichnend, dass in diesem Antrag schriftlich steht, es wären 4.000 Tonnen Feinstaub im Jahr, die in Deutschland zu Silvester sozusagen in die Luft emittiert werden. Das hatten wir hier ungelogen schon in der Dezembersitzung, als die KLIMA FREUNDE es waren, die sich an dem Thema versucht haben, und ich sie schon in

dieser Sitzung darauf aufmerksam gemacht habe, dass nach neuesten Studien des Umweltbundesamtes eben nicht 4.000 Tonnen in Rede stehen, sondern 2.000 Tonnen, also glatt die Hälfte.

Herr Schallehn, da muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie sagen, Feuerwerk sei unvernünftig, kann das durchaus sein, aber wissen Sie, was auch unvernünftig ist? - Feuerwerk wegen diesen geringen Mengen verbieten zu wollen und es nicht hinzukriegen, in dieser Stadt einen Tunnel zu bauen, damit die U-Bahn unterirdisch fährt und die Autos von der Straße kommen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Damit würden wir viel mehr gewinnen, als wenn wir hier das Feuerwerk reglementieren. Das ist wirklich die weiße Salbe, die hier verteilt wird, und ein bisschen bezeichnend für die Politik, die in dieser Stadt betrieben wird.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wenn Sie jetzt fragen: Worin unterscheidet sich denn der SPD-Antrag? - Der unterscheidet sich an einer ganz entscheidenden Stelle. Ja, ein zentrales Feuerwerk ist okay, aber bitte nicht mit einer Verbotsorgie. Dort, wo aus Sicherheitsgründen Feuerwerk verboten werden muss, weil Gebäude entflammen können oder Menschen gefährdet sind, gehe ich doch bitte schön davon aus, dass die Stadt Köln das bis jetzt auch schon tut. Und das tut sie auch. Zum Beispiel haben wir 2016 eine Verbotszone um den Dom geschaffen, und zwar aus genau solchen Gründen.

Ich rate Ihnen, ins Amtsblatt von damals zu schauen und sich die Allgemeinverfügung durchzulesen, die, glaube ich, auf sechs Seiten - ich habe es mir gestern noch einmal angetan - versucht zu konstruieren, warum dort ein Verbot sein muss. Das hat auch gehalten. Aber daran sehen Sie, wie schwer es ist. Insofern verteilen Sie hier bitte keine weiße Salbe, ziehen Sie nicht Rechtsgrundlagen heran, die nicht dafür vorhanden sind, um umweltpolitische Themen durchzubringen, sondern seien Sie ehrlich. Deswegen unser Antrag: zentrales Feuerwerk ja, Verbote nur, wo aus Sicherheitsgründen erforderlich - so, wie bisher



auch schon -, und im Übrigen eine Aufklärungskampagne bzw. eine Informationskampagne, die über die Gefahren des Feuerwerks und seine Umweltauswirkungen informiert und die Bürger zu einer aufgeklärten Entscheidung ermutigt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Lieber Gerrit, ganz herzlichen Dank für deine Rede. Falls du in die FDP eintreten möchtest, ich schicke dir gleich gern per E-Mail einen Antrag.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich bin froh, dass bei den Kölner Sozialdemokraten noch so viele freiheitliche Gedanken anzutreffen sind. Ganz große Klasse!

Das als Spaß vorweg. Aber nun einmal ganz im Ernst: An einem Tag, an dem uns gesagt wird, wir müssen nächste Woche fünf Tage in den Super-Verbots-Shutdown gehen, allen Ernstes darüber nachzudenken, den Leuten jetzt schon zu sagen, sie dürfen Silvester nicht mehr knallen, der hat möglicherweise genau einen solchen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich finde diesen Antrag in der aktuellen Diskussion, wo wir jeden Tag dafür kämpfen müssen, damit wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger noch ein bisschen Lebensfreude geben können, unsäglich.

Liebe Kollegen von den Grünen, Sie haben es eben selbst gesagt: Es ist die Umsetzung Ihres Regierungsbündnisses. Sie gehen damit aber an der Tonalität und am Nerv unserer Leute komplett vorbei.

Gerrit hat es auch schon angedeutet. Ich habe mir eben einmal die Gesichter angeschaut. Als der junge Kollege von der CDU hier davon geschwärmt hat, wie wir am Silvesterabend alle

Hand in Hand auf der Deutzer Brücke stehen und über dem Dom ein Brokat-Feuerwerk erkennen, leuchtende blaue Sterne im Himmel, um anschließend noch in der Altstadt einen trinken zu gehen, da haben Sie von den Grünen betreten nach unten geschaut. Als der Kollege von den Grünen über Umweltschutz sprach, haben die Kollegen von der CDU betreten eine Faust in der Tasche gemacht. So sieht Ihre parteipolitische Linie aus, was ich nicht durchgehen lassen kann.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der AfD)

Hier allen Ernstes zu behaupten - wir haben hinten einen promovierten Tierarzt sitzen, Ralf -, ein Feuerwerk wäre schlecht für den Tierschutz bzw. für die Hunde

(Zuruf: Natürlich! - Zuruf: Klar, ist es!)

- ja, ein Feuerwerk ist schlecht für den Tierschutz, aber ein zentrales Großfeuerwerk ist gut für den Tierschutz? Wem wollen Sie das denn erklären? - Sie messen, wie immer, mit zweierlei Maß. So lange es Ihre Ziele deckt, ist Ihnen wirklich kein Antrag zu schade, um den Leuten noch ein wenig Lebensfreude zu nehmen.

Ihr Antrag - das sage ich vor allem in Richtung CDU - geht so am Lebensnerv vorbei, was ich nicht verstehen kann. Das ist blinder Aktionismus, blinde Verbotskultur in einer Zeit, in der wir wirklich etwas anderes brauchen.

Richard von Weizsäcker - ich habe gestern ein Zitat von ihm gesehen - sagte:

Die Freiheit arbeitet mit den Menschen und nicht gegen die Menschen.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD) Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 37**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Herren! Herr Dr. Krupp, wenn Sie in eine freiheitliche Partei eintreten wollen, die ein bisschen Profil hat, dann kommen Sie lieber zur AfD.

(Zurufe: Oh!)

Herr Schallehn, das Affenhaus - an die Tragödie erinnere ich mich - ist nicht abgebrannt, weil dort einige Raketen hineingeschossen sind, sondern diese illegalen, in Deutschland nicht zu erwerbenden Himmelslaternen haben dafür gesorgt, dass das Affenhaus abgebrannt ist.

Aber kommen wir zum Antrag: Sie schreiben in Ihrem Antrag - Zitat -:

Mit dem zentralen ... Feuerwerk stärken wir die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher, die am Silvesterabend in der Innenstadt unterwegs sind.

Ich bin mir sicher, geschätzte Kollegen, dass Innenminister Reul nicht nur wegen umherfliegender Silvesterraketen jedes Jahr die Sicherheitszone am Dom besucht. Das hat gewiss andere Gründe.

Es stimmt zwar, dass das Verletzungsrisiko an Silvester mit dem Konsum von Alkohol steigt. Tatsächlich sind auch viele Politiker dieser Meinung, dass man über Verbotszonen sprechen sollte, aber ein generelles Feuerwerksverbot ablehnen - so wie Innenminister Reul.

Der Antrag will aber genau das. Sie würden es am liebsten ganz verbieten, und das ist das, was ich Ihnen nicht glaube, Herr Spehl. Diese Interpretation lässt eben der letzte Satz der Begründung zu - ich zitiere -:

Auf Grund der schwierigen Rechtsgrundlage muss das Verbot anhand von Schutzzonen um einzelne Gebäude ... hergeleitet werden.

Die Sicherheit wird hier als Deckmantel genommen, um auch die letzten Befürworter von Silvesterböllerei in die Ablehnung zu treiben. Es sollte immer die freie Entscheidung der Menschen sein, zu böllern und Raketen steigen zu lassen, in eige-

ner und der selbst ernstzunehmenden Freiheit eines jeden einzelnen. Deshalb lehnen wir beide Anträge ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Dickas das Wort.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Vielen Dank. - Ich hoffe, ich spreche jetzt das Abschlusswort zu diesem Antrag.

Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen, Herren und Diverse! Liebe Wähler*innen, Judit und Pflegekräfte! Erstaunt hat Die PARTEI diesen lustigen Lila-Laune-Antrag zur Kenntnis genommen. Wurde er doch tatsächlich von der PARTEI abgeschrieben. Im Dezember forderten wir eine zentrale Sammelstelle zum kontrollierten Abbrennen von Feuerwerkskörpern, um damit Dinge wie die Oper, den Kalkberg oder eine der maroden Brücken wegzusprenge, wahlweise auch einen hässlichen Platz, wie zum Beispiel den Wiener Platz.

Es sollten nur noch Frauen Feuerwerk zünden dürfen. Somit wäre auch das Verletzungsrisiko für Männer minimiert.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Nachdem wir alle in der letzten Silvesternacht erfolgreich das Licht an- und ausgeschaltet haben, hat Die PARTEI einen sehr guten Vorschlag für alle Kölner*innen: Man kann doch einfach ein Buch über Silvester lesen. Das schont die Umwelt und macht keinen Dreck. Mangelt es der grünen CDU an eigenen Ideen? - Machen Sie doch endlich seriöse Politik! Oder müssen wir das für Sie übernehmen? - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.



Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal begrüße ich sehr, dass wir über diesen Antrag im März sprechen und somit noch genug Zeit haben werden, ordentlichere Lösungen zu finden. Ein großes öffentliches Feuerwerk und die Prüfung eventueller Verbotszonen in der Innenstadt - wem ist damit geholfen? - Dem Umweltschutz wohl kaum, der Sicherheit marginal. Es wird einfach nur ein weiteres großes Feuerwerk sein. Und als Stadt wird man sich natürlich nicht lumpen lassen, das Ganze soll sich auch sehen lassen. Ob wir dann weniger Feinstaub in die Luft geblasen haben werden? - Wir sollten endgültig von dieser Art des Geldverbrennens wegkommen.

Liebe Grüne, ihr seid die stärkste Fraktion hier im Rat, aber dieser Antrag steht nicht für vorausgehenden Klimaschutz. Ein stadtweites Verbot von Feuerwerk und eine gute Alternative wie Lichtshows oder Ähnliches, das sollte unsere Rakete der Hoffnung sein.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Zurufe: Doch!)

Doch, es gibt noch welche. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich war eigentlich der Meinung, dass ich das in der E-Mail auch kundgetan hatte. Es tut mir leid, wenn das untergegangen ist. Ich kann es mir aber jetzt nicht nehmen lassen, auch wenn ich natürlich meiner Vorrednerin absolut zustimme und dank der PARTEI jetzt gerade wieder ein bisschen bessere Laune habe. Dennoch möchte ich kurz eine Sache loswerden.

Klar, wir haben natürlich jetzt hier wieder über Verletzungsrisiko, über Müll, über Feinstaubbelastungen gesprochen, die dann wiederum das Gesundheitssystem belasten infolge von Erkrankungen, Stichwort *Kostensenkung*.

Wir haben über den Lärm gesprochen, über das Tierleid, und wir waren uns auch alle einig, dass wir in Zeiten der Pandemie ohnehin dafür sorgen müssen, dass die Menschen Abstand halten und nicht irgendwelche Massenveranstaltungen draußen stattfinden. Im Moment können wir, glaube ich, getrost davon ausgehen, dass uns das Thema zum nächsten Neujahrswchsel auch noch begleiten wird.

Das einmal in den Raum gestellt, muss ich mich doch sehr wundern. Ich verstehe wirklich nicht, was in manchen Köpfen bezüglich der Klimakrise immer noch nicht angekommen ist. Hier wird von Wirtschaftlichkeit geredet. Zum einen gibt es eine massive Kostensenkung, und wenn dann vielleicht die Pyrotechniker ihre Arbeit verlieren, dann gibt es dafür die LED-Drohnen-Lichtshowmacher, die dafür Arbeitsplätze bekommen. Das Stichwort *Wirtschaftlichkeit* kann hier einfach mal gar kein Thema sein.

Dann wird hier ständig von Lebensfreude und von Freiheit geredet. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, was meinen Sie denn bzw. was meint ihr denn, was wir alle noch an Lebensfreude und an Freiheit genießen werden, wenn die Klimakrise hier mit ganz großen Schritten angerückt ist? Dann werden wir hier ganz andere Sorgen haben als eine Pandemie. Was meint ihr denn, was die Leute dann sagen werden, wenn wir ihnen ein Feuerwerk versprechen? - Dann werden sie sagen: Mit Verlaub, Scheiß auf euer Feuerwerk, wir brauchen hier ganz andere Dinge.

Es ist einfach höchste Zeit, dass wir den Menschen einmal klarmachen, dass ein Leben wie bisher nicht weitergehen kann, wenn wir ernsthaft vorhaben, diese Klimakrise noch halbwegs vernünftig abzuwenden.

Ich verstehe wirklich nicht, was hier angesichts der wirklich krassen Zukunft, die uns gerade bevorsteht, immer wieder geredet wird. Ich appelliere inständig an alle, dass man hier mit solcher Polemik aufhört wie: Ja, wir wollen den Leuten doch nicht die Lebensfreude nehmen. - Wir haben ganz andere Sorgen, als den Leuten zu Silvester das Feuerwerk zu nehmen.



Als Letztes sei noch zur Drohnenshow gesagt: Es kann doch nicht wirklich euer Ernst sein, dass ihr uns erzählen wollt, dass dieser Antrag für ernst gemeinten Klimaschutz steht. Man kann doch kein großes Feuerwerk mit echter Pyrotechnik planen, wenn man ernsthaften Klimaschutz betreiben möchte. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Habe ich jemanden übersehen? - Nein. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE, die Ratsgruppe GUT, die AfD, die FDP und Herr Wortmann. Enthaltungen?¹ - Dann ist dieser Prüfantrag so beschlossen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., Volt, Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Kita/OGS-Gebühren gerechter gestalten“ AN/0539/2021

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0610/2021

Hier hat als Erste Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte

Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Kölnerinnen und Kölner pflegen grundsätzlich eine große Liebe zu Diversität und das auch gern plakativ. In Kurzform heißt das dann immer: Jeder Jeck, jede Jeckin ist anders. Aber manchmal schauen wir dann doch nicht so genau hin.

In Köln besuchen rund 42.000 Kinder eine Kita, ihre Eltern sind verheiratet, waren es nie oder nicht mehr, ihre Familien sind queer oder hetero. Es gehört zur Lebensrealität vieler Kinder, dass die Familien, in die sie hineingeboren wurden, sich verändern. Die Eltern trennen sich.

Bundesweit sind knapp ein Fünftel der Familien alleinerziehend, und nach wie vor leben neun von zehn Kindern bei ihren Müttern. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, den Blick noch einmal auf eine andere Gruppe zu wenden. Heute richten wir unseren Blick auf die Kinder, die im Wechsel bei einem jeweiligen Elternteil leben. Wir möchten wissen, ob wir im Sinne von mehr Beitragsgerechtigkeit auch diese Lebenssituation abbilden können. Kleinere Städte, wie zum Beispiel Hennef, praktizieren das schon. Wir fragen, ob dies und - wenn ja - mit welchem Aufwand in Köln auch möglich wäre.

Diese Initiative ging von einer Frage der Gruppe GUT aus, die nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten ist. Gleichwohl werden wir die Antworten dort diskutieren müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, an dieser Stelle ein Wort zu eurem Änderungsantrag. Wir als Kooperation von CDU, Grünen und Volt haben uns festgelegt: Wir möchten in dieser Wahlperiode für mindestens 60 Prozent der Kinder unter 3 Jahren einen Kinderbetreuungsplatz schaffen. Das ist eine echte Herausforderung in einer wachsenden Stadt mit begrenzten Flächen. Um dieses Ziel zu erfüllen, brauchen wir alle Träger. Sie zu gewinnen wird nicht immer leicht, und wir wissen auch, das wird nicht ganz billig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wenn wir mehr Chancengleichheit für alle Kinder wollen,

¹ Anmerkung: Frau Oberbürgermeisterin Reker enthält sich.



5. Sitzung vom 23. März 2021

Seite 40

(vom Redner ungelesene Fassung)

brauchen wir mehr Kita-Plätze, deren Qualität auch stimmen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb wollen wir vorrangig in Qualität und Quantität investieren. Der Blick auf die Beitragsätze anderer Städte und auch der Stadt Köln zeigt, welche Qualitäten und welche Schwächen unser Beitragssystem hat. Dieses Thema werden wir sicherlich in dieser Wahlperiode noch einmal aufgreifen müssen.

Aber heute: Wenn wir den Ausbau der Kitas wollen, wenn wir die Qualität erhalten oder sogar steigern wollen, dann sehe ich momentan keine Spielräume für eine kommunalfinanzierte Beitragsfreiheit aller Eltern. Ich will diese Hoffnung auch nicht durch Fragen schüren, und deshalb lehnen wir euren Ergänzungsantrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Stadtdirektorin und auch der Rest der Dezernenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die geschätzte Kollegin Kessing hat schon das wesentliche Inhaltliche zu dem Antrag gesagt. Dem kann ich mich natürlich erst einmal anschließen.

Was klar und was unser Ziel ist: Wir wollen die Beitragsstaffelung gerechter gestalten. Das ist nicht erst seit heute oder gestern das Ziel, sondern mindestens seit vorgestern und hat uns auch die letzte und vorletzte Legislaturperiode schon begleitet.

Was heute neu ist: Wir haben uns eigentlich in den letzten Jahren nie mit der Gruppe der getrennt lebenden Eltern speziell in einem Antrag beschäftigt. Deshalb kann man auch heute sagen: Wir nehmen einen Prüfantrag für diese Gruppe

heraus, danken der Initiative, die auf GUT zurückgeht, und wollen das hier im Rat auch einmal als Prüfung beschließen.

Was die Kollegin Kessing richtig gesagt hat: Es reicht uns natürlich nicht, wenn wir die Beitragsstaffelung bearbeiten, dass wir uns nur - in Anführungszeichen - die getrennt lebenden Eltern ausuchen. Wir schauen uns die komplette Staffelung an. Dazu will ich jetzt nur einmal sagen: Die Unwuchten, die Sprünge und die Ungerechtigkeiten, die in der Kölner Beitragsstaffelung vorhanden sind, und zwar nicht erst seit gestern, werden wir uns anschauen. Ich verspreche jetzt nicht, dass wir auch die beste Lösung hinbekommen, aber wir wollen auf jeden Fall zusammen eine bessere Lösung finden und laden alle Fraktionen mit ihren Ideen dazu ein.

Ein Wort vielleicht auch noch einmal zu dem Änderungsantrag der SPD: Ich würde Sie bitten, beim nächsten Mal - das macht das Lesen einfachen - oben noch *Und täglich grüßt das sozialdemokratische Marmeltier* zu schreiben. Denn wir diskutieren das nicht zum ersten, nicht zum zweiten, nicht zum dritten Mal, sondern zum vierten Mal, wie ich glaube, aber es wird dadurch nicht besser. Die Positionen, die Grüne und CDU seit 2014, glaube ich, zu dieser Frage entwickelt haben, ändern sich auch durch den fünften Antrag nicht.

In unserem Kooperationsvertrag lesen Sie: Unser Ziel ist auch die Beitragsfreiheit. Das erste beitragsfreie Jahr haben wir zusammen mit Rot-Grün im Land verwirklicht. Das zweite beitragsfreie Jahr haben wir mit CDU/FDP realisiert. Ich hoffe, dass wir das dritte beitragsfreie Jahr mit der neuen Landesregierung - in welcher Zusammensetzung auch immer - umsetzen können. Da haben Sie uns natürlich auch alle hier an Ihrer Seite. So kann das nur gehen. Die Gründe hat Ulrike Kessing richtig genannt: Quantität ist das eine, aber uns ist die Qualität mindestens genauso wichtig. Deshalb gehen wir nicht einfach in eine kommunalfinanzierte Beitragsfreiheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser gemeinsame Antrag auf Initiative der Ratsgruppe GUT wird von uns unterstützt und mitgetragen. Er ist eine kleine, aber doch wichtige Verbesserung, wenn diese Prüfung erfolgreich ist und die Lücke im städtischen Service geschlossen werden kann.

Es zeigt sich aber jetzt schon bei meiner Vorrednerin und meinem Vorredner, dass der Änderungsantrag der SPD offenbar doch auch ein gewichtiges Problem trifft, denn er hat dort bisher einen ziemlichen Raum in der Diskussion eingenommen. Auch wenn das zu begrüßen ist und Frau Kessing und Herr Schlieben hier sagen, dass sie an der Kölner Beitragsstaffelung arbeiten werden - auch noch in dieser Ratsperiode -, so verträsten sie aber doch die Lösung dieses Problems.

Es ist sicherlich richtig, Qualität zu verbessern, die Zahl der Plätze auszubauen oder zu sichern und gleichzeitig die Beiträge zu senken, und zwar mit der Perspektive, eine Beitragsfreiheit herbeizuschaffen. Das ist sicherlich eine anspruchsvolle Aufgabe. Aber ich denke, die Stadt Köln hat in anderen Bereichen auch anspruchsvolle Aufgaben auf sich genommen. Warum nicht im Bereich der Bildung und der Kinderbildung? Denn es trifft ein Bedürfnis vieler Menschen und ein gewisses Gerechtigkeitsempfinden, dass Bildung in unserem Staat kostenfrei zu sein hat.

Das Selbstverständnis hat sich in den letzten Jahrzehnten auch verändert. Die Bildung, die Kitas vermitteln, wird zunehmend als äußerst wichtig angesehen. Insofern bin ich nicht unfroh darüber, dass die SPD nicht nachlässt und diesen Änderungsantrag stellt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn unsere Nachbarstadt Düsseldorf, die ich als Geburtsstadt Heinrich Heines und auch meiner Frau sehr schätze, Kita-Bildung mit eigenen Mitteln gebührenfrei stellen kann, warum soll das

nicht auch Köln können? - Der Vorschlag der SPD sagt nicht: jetzt gleich und sofort. Zudem müssen wir sehen: Es ist ein Prüfantrag. Es soll in Stufen eine Beitragsfreiheit von der Verwaltung abgebildet werden, und dann kann der Rat immer noch darüber entscheiden. DIE LINKE wird natürlich genau prüfen und eher in Richtung Beitragsfreiheit tendieren, aber es wäre dann noch eine Entscheidung möglich. Deshalb werden wir den Änderungsantrag unterstützen und uns auch darüber freuen, wenn möglichst viele Kolleginnen und Kollegen hier im Rat das auch tun.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Gott, Ulrike hat mich schon so streng angesehen. Helge kann es auch fast nicht mehr hören. Aber es zeigt doch: Wir haben immer wieder einen Nerv getroffen. Ich muss wirklich sagen: Wir reden und reden und reden. Lasst dem doch endlich mal Taten folgen!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jedes Jahr grüßt das Murmeltier - ich fand das schön; ich wollte das eigentlich auch sagen, obwohl wir uns gar nicht abgesprochen haben. *Das rote Murmeltier* wollte ich sagen. Da hat Helge mir das vorweggenommen, aber gut.

Wir alle wollen die Gerechtigkeit der Kita- und OGS-Gebühren. Das haben alle gesagt, und ich glaube, das fuchst uns alle. Insofern haben wir die Initiative von GUT, die wir selbstverständlich unterstützen, zum Anlass genommen, hier einmal zu debattieren. Ich merke, dass das ein Thema ist, das vielen auf der Seele brennt.

Mehr noch: Alle bekräftigen Beitragsfreiheit ständig, dass die Gebühren am besten abgeschafft werden sollten. Die Wahlprogramme der Parteien sehen das schon lange in ihren gedruckten Papieren vor.



Genau vor einem Jahr - insofern ist das Murren richtig - haben wir mit der FDP zusammen diesen Einstieg in die stufenweise Befreiung beantragt. Wir hatten gesagt - das will ich nur einmal kurz nennen - ein Stufenmodell zur Reduzierung der Kita-Beiträge mit dem Ziel, eine komplette Beitragsfreiheit zu projizieren. Das wurde vor einem Jahr mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Der Grund, warum ich das jetzt noch einmal so ausführlich sage, ist: Viele Kolleginnen und Kollegen waren letztes Jahr noch nicht dabei. Kann man sagen: Das wissen Sie alle? Niemand käme heute auf die Idee, das Schulgeld wieder einzuführen. Nun spreche ich die Grünen an: Es war eine Herkulesaufgabe, die Studiengebühren freizulassen. Aber im schwächsten Bereich, also bei den Kindern, bei den Kleinsten in der Kita und OGS, verlangen wir immer noch das Geld von den Eltern. Das kann nicht sein und ist auf Dauer nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist in der neuen Ratsperiode Anlass genug, das auf die Tagesordnung zu setzen.

Natürlich suchen wir gemeinsam nach Mehrheiten für das Thema. Deswegen auch die Unterstützung des Antrages, der in die Gerechtigkeit geht mit der Frage des Residenzmodells, was in Punkt 1 genannt wird. Wir wollen aber noch die Staffelung der Beiträge insbesondere für niedrige Einkommen fordern. Das ist genau aus Ihrem Bündnisvertrag. Machen wir das also doch genau am Anfang.

Als Zweites wollen wir das, was wir letztes Jahr auch schon zusammen mit der FDP beantragt haben, entwickeln, nämlich ein Stufenmodell. Wir wollen dieses noch nicht beschließen, aber wir brauchen Facts und Daten, damit wir hier gerecht in die Diskussion gehen können, was wir dann wollen. Es ist noch kein Beschluss, sondern es sind erst einmal Daten zu sammeln, damit wir sauber darüber diskutieren können. Das ist eine faire und solide Grundlage, liebe Kolleginnen und Kollegen. Geben Sie sich einen Ruck, wir würden uns sehr freuen. Sonst wird das Murren immer wieder weiter grüßen. Alles Gute!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes zum Ursprungsantrag: Die FDP unterstützt das Wechselmodell. Das ist ein für Kinder mit Sicherheit sehr wertvolles Modell und für Eltern ganz schön viel Arbeit. Es ist deswegen eigentlich eine sehr gute Idee, Eltern in ihrer Arbeit zu unterstützen, ihnen eine Last und eine Sorge wegzunehmen. Wir können dem also nur zustimmen.

Liebe SPD, lieber Ralf Heinen, Sie wissen, dass wir Ihre Idee mit der Beitragsfreiheit für Kinder im Kindergarten normalerweise begrüßen. Allerdings sind wir hier der Meinung, dass der Änderungsantrag den Ursprungsantrag verwässert. Wir wollen dieses eine Modell gern unterstützen, möchten aber nicht, dass ein Riesenberg daraus wird, der jetzt wieder ewig bearbeitet wird. Wir möchten dieses Thema einzeln betrachten.

Das Thema zu den niedrigen Einkommen und Beiträgen: Wir haben eine Beitragsstaffelung in der Stadt, die niedrige Einkommen in Teilen - je nachdem, wie niedrig sie sind - sogar von einem Beitrag komplett freistellt. Der Handlungsbedarf dort erschließt sich mir gerade nicht so ganz. Wir werden deshalb gern den Antrag von dem Ratsbündnis unterstützen und müssen dann heute einmal den Änderungsantrag von der SPD ablehnen, weil er uns inhaltlich einfach nicht dorthin passt. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 3.1.12? - Frau Syndicus.



Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank an die vielen Vorrednerinnen und Vorredner, die sich so positiv zu diesem Antrag ausgesprochen haben. Wir freuen uns auch, dass sich so viele andere Fraktionen, Gruppen und Herr Wortmann unserem Antrag angeschlossen haben, die Kita- und OGS-Gebühren in der Stadt Köln gerechter zu gestalten.

Im Sinne der Gleichstellung und der Förderung von modernen Familienstrukturen sehen wir es als wichtigen Schritt, die Gebühr dahin gehend anzupassen, dass es getrennt lebenden Eltern erleichtert wird, eine faire Aufteilung von Care-Arbeit anzugehen.

Den eingegangenen Änderungsantrag verstehen wir nicht ganz; denn eine Staffelung für geringverdienende Eltern gibt es bereits. Generell sind die Beiträge nach Einkommen gestaffelt.

Einen gänzlichen Wegfall der Gebühren kann man sicherlich als eigenen Antrag stellen. Hier geht es jedoch erst einmal nur um die simple Anpassung von Gebühren und dem praktischen Ausstellen von zwei Steuerbescheiden, um Konflikte finanzieller Natur von getrennt lebenden Familien fernzuhalten. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? - Diese gibt es nicht. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den ursprünglichen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?² - Dann ist der Antrag so angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, auch ich möchte, dass das so gerecht wie möglich gestaltet wird. Das ist völlig klar. Aber ich schütze die Verwaltung vor diesem Antragsfeuerwerk der Prüfungen, weil sie schließlich auch noch funktionieren muss. Deswegen enthalte ich mich heute bei manchen Anträgen. Ich bitte dafür um Verständnis.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend „Änderung der Zuständigkeitsordnung, Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ AN/0620/2021

Das ist ein heute eingereichter Dringlichkeitsantrag, den ich offen gestanden selbst noch gar nicht gelesen habe, aber das wird geschehen. Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bisher ist das Thema Gleichstellungspolitik, wenn überhaupt, eher im Zusammenhang mit Personalfragen auf die Tagesordnung gekommen. Gleichstellungspolitik ist aber ein Querschnittsthema, das eine Rolle in vielen verschiedenen kommunalpolitischen Entscheidungen spielt.

Am 3. Dezember vergangenen Jahres hat der Rat der Stadt Köln den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschlossen. Der Ausschuss soll als Steuerer, Begleiter und Impulsgeber der Gleichstellungspolitik dienen. Viele Herausforderungen stehen bevor. Mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag beschließen wir die Zuständigkeitsordnung und somit auch den Start der Ausschussarbeit.

² Anmerkung: Frau Oberbürgermeisterin Reker enthält sich.



An dieser Stelle möchte ich allen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere dem gleichstellungspolitischen Sprecher, und auch der Verwaltung einen herzlichen Dank für die gute und konstruktive Zusammenarbeit aussprechen. Die sachliche Diskussion war nicht immer einfach, aber wir haben dasselbe Ziel, das wir auch nie aus den Augen verloren haben. Einfach ein herzliches Dankeschön. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Von daher kann ich einfach auch nur sagen, dass ich mich ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit Ihnen freuen werde, um die tatsächliche Gleichstellung in Köln voranbringen zu können. - Herzlichen Dank und weiter so!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln betreffend „Beitritt zur Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“ AN/0621/2021

Ich gebe Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen lieben Dank, Frau Reker. Danke, liebe Kolleg*innen. Ich möchte mich auch zunächst einmal dafür entschuldigen, dass das alles jetzt tatsächlich bei der Verwaltung so kurzfristig eingegangen ist. Also auch Ihnen noch einmal ausdrücklich vielen Dank, dass Sie mich da so unterstützt haben, dass das so kurzfristig noch geklappt hat. Auch eine ausdrückliche Entschuldigung an die Kolleg*innen

hier im Raum, dass diese Tischvorlage so spät kam.

Ich hoffe, dass Sie mittlerweile genug Zeit hatten bzw. ihr mittlerweile genug Zeit hattet, euch das anzuschauen. Ansonsten gibt es jetzt auch eine kleine Vorstellung des Inhaltes.

Wir haben diesen Antrag eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Herstellung unserer Kleidung, der Technik, mit der wir hier arbeiten, und unserer Lebensmittel usw. kein Luxus sein darf, sondern Standard werden muss. Dabei geht es um Menschenrechte - also etwas, das allen zusteht: uns genauso wie Menschen auf Kakaoplantagen, in Minen und in Nähfabriken, so jung sie auch sein mögen.

Die Wahrheit ist aber eine andere; das wissen Sie, das wisst ihr genauso gut wie ich: Umweltverschmutzung und die Missachtung von grundlegenden Arbeits- und Menschenrechten sind der Standard in den Lieferketten unserer Güter. Davon zeugen Dammbürche von Klärschlammbecken in Brasilien und Fabrikeinstürze in Bangladesch, um nur zwei der zahlreichen Beispiele zu nennen.

Trotzdem ist der faire Handel, der es besser machen will, eine absolute Nische. Das weiß Fairtrade Deutschland, die hier bei uns in Köln sitzen, genauso schmerzlich wie unsere Verwaltung, wenn sie bei der Beschaffung von Arbeitskleidung oder Spielzeug versucht, solche sozialen und ökologischen Herstellungs-kriterien zu berücksichtigen. Es gibt oft gar keine Anbieter, die diese erfüllen.

Damit sich daran etwas ändert und wir hier in Köln, also jede Bürgerin und jeder Bürger sowie die Stadt, nachhaltig hergestellte Produkte kaufen können, braucht es mindestens auf nationaler Ebene einen gesetzlichen Rahmen, der das von allen Unternehmen gleichermaßen fordert. Stichwort: Wettbewerbsgerechtigkeit.

Der Referent*innen-Entwurf der Bundesregierung für solch ein Lieferkettengesetz, der momentan dem Bundestag vorliegt, greift da an entscheidenden Stellen zu kurz. Es reicht nicht, sich nur das



erste Glied einer langen Lieferkette anzuschauen, es reicht nicht, nur die 600 größten deutschen Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, und es reicht auch nicht, nur auf soziale Kriterien zu achten, sondern es braucht auch Umweltstandards.

(Unruhe - Zuruf: Liebe Herren, könntet ihr einmal ein bisschen leiser sein? Das wäre sehr schön! - Vereinzelt Beifall)

- Vielen Dank, die Herren.

Diese und weitere Punkte können jetzt im Bundestag noch nachgebessert werden, daher auch der Dringlichkeitsantrag. Es braucht aber alle Unterstützung für ein starkes Lieferkettengesetz, wie es die Initiative Lieferkettengesetz, aber auch Bundesentwicklungsminister Müller von der CSU und Arbeitsminister Heil von der SPD zum Beispiel wie auch diese besagte Resolution fordern.

Da sollte es für uns als Fairtrade-Stadt keine Frage sein, dass wir diese Resolution gemeinsam mit den 34 erstunterzeichnenden Kommunen mittragen und damit zeigen: Ja, wir wollen, dass die Menschen und die Umwelt in den Lieferketten unserer Produkte gemäß ihrer Grundrechte mit Würde behandelt werden.

Ich freue mich, dass wir so viele Gruppen und Fraktionen gewinnen konnten, die mit uns diesen Antrag gemeinsam stellen, und mir auch schon von anderen zugesagt wurde, dass sie den Antrag mittragen. Deswegen freue ich mich wirklich sehr und bedanke mich ausdrücklich, dass wir das hier heute gemeinsam beschließen. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges und wertvolles Signal, das die Stadt Köln damit nach außen sendet. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Görzel?

(Volker Görzel [FDP] macht eine verneinende Geste. - Vereinzelt Beifall)

Ich frage noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

(Zuruf: Doch!)

- Doch. - Bitte, Herr Kockerbeck.

(Zurufe: Nein, Michael!)

Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist von Nicolin Gabrysch erwähnt worden: Die Stadt Köln ist Fair Trade Town, und die Stadt Köln engagiert sich für Geflüchtete. Es würde sehr gut passen, wenn die Stadt Köln auch zu den Unterzeichner*innen dieses Aufrufes gehören würde und für ein solches Gesetz zur Achtung der Menschenrechte im Handel und in der Produktion in südlichen Ländern Partei ergreifen würde. Zu den Unterzeichnern dieser Resolution gehören Städte wie Bonn, Mainz, Fürth, Bremen, Halle, Hannover, München, Münster und Koblenz, und es würde, wie gesagt, das Gewicht dieses Aufrufs einfach stärken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt noch einmal, ob es Wortmeldungen gibt? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind natürlich die KLIMA FREUNDE, DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppe GUT, Volt und Die PARTEI. Enthaltungen?³

(Zuruf: Einige der CDU!)

Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

³ Anmerkung: Die CDU-Fraktion enthält sich.

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 46**

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Zuruf: Gegenstimmen? - Gegenruf: Nein, kann man doch zählen! Wir können zählen!)

- Ja, wir können zählen. Aber danke für den Hinweis.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft in Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Schulbau GmbH“ AN/0226/2021**

Antwort der Verwaltung vom 22.03.2021
0366/2021

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Beitrag der Bühnen der Stadt Köln zur musisch-kulturellen Bildung in Kölner Kitas und Schulen“ AN/0231/2021

Antwort der Verwaltung vom 03.03.2021
0385/2021

4.3 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Werbeanlagen Stadt Köln“ AN/0330/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021
1064/2021

4.4 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Sachstand Erwerb des Grundstückes Deutz-Mülheimer-Straße 147 bis 149 (ehemalige KHD-Hauptverwaltung)“ AN/0513/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021
1019/2021

4.5 Anfrage der Gruppe GUT Köln betreffend „Veränderungssperre Belgisches Viertel“ AN/0578/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021
1073/2021

4.6 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Schutzauftrag Kindeswohl in Zeiten der Pandemie“ AN/0576/2021**4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Köln erneut auf dem letzten Platz des bundesweiten ADFC Fahrrad-Ranking“ AN/0593/2021**

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021
1109/2021

4.8 Anfrage der Gruppe Die PARTEI betreffend „Stand Impfungen städtische Kliniken“ AN/0596/2021

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2021
1082/2021

Ich bitte Sie, den Tagesordnungspunkt mit mir coronakonform ganz kurz durchzuführen. Die Anfragen sind bis auf die Anfrage von 4.6 schriftlich beantwortet, und die vorab eingereichten Nachfragen werden ebenfalls schriftlich beantwortet. Die noch ausstehende Beantwortung wird zur nächsten Sitzung erfolgen. Können wir Tagesordnungspunkt 4 so behandeln?

(Zuruf: Ja!)

Das ist ganz wunderbar.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

Tagesordnungspunkt

6.1 Satzungen**6.1.1 Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See 2234/2020**

Hier bitte ich zunächst um Wortmeldungen. - Keine. Dann lasse ich abstimmen, wie der aktualisierte Beschlussvorschlag Anlage 1b das vorsieht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



6.1.2 Änderung der Hauptsatzung
Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
0935/2021

Das ist eine unmittelbare Ratsvorlage. Gibt es hier Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung
Hier: Erweiterung der Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
0904/2021

Das liegt ebenfalls unmittelbar als Ratsvorlage vor. Wortmeldungen? - Keine Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Benutzungsordnung der Kunst und Museumsbibliothek der Stadt Köln und Rahmenbenutzungsordnung der Zentralbibliothek für Kunst und Kunstgeschichte (KunstBibliothek Köln, KuBi Köln)
2468/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.2.2 Entgelt- und Benutzungsordnung der artothek - Raum für junge Kunst
3168/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Integriertes Handlungskonzept Lindweiler
hier: Änderung der Geschäftsordnung des Veedelsbeirates Lindweiler
0352/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.4.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Porz Mitte
hier: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Porz Mitte sowie Neuernennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat Porz Mitte zur Wahlperiode 2020/2025
3621/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen, einmal Ziffer 1 in der Fassung der BV Porz, Anlage 4. Da geht es um die Entsendung der Vertreter der BV Porz. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Dann Ziffer 2 bis 5, wie StEA-Anlage 6 mit den Änderungen aus Anlage 5. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
0584/2021



5. Sitzung vom 23. März 2021

Seite 48

(vom Redner ungelesene Fassung)

Das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu eine Erklärung? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalsanierung des Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Rixdorfer Str. 56, 51063 Köln 0454/2021

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist auch nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Neugestaltung der Spielplätze „Rixdorfer Str.“ und „Wuppertaler Str./Stegwiese“ hier: Unterrichtung des Rates über eine Kostenerhöhung 0614/2021

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

7.2.3 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen 1003/2021

Das ist die neue haushaltsrechtliche Unterrichtung. Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Können Sie einmal kurz den Titel bitte vorlesen?)

Haushaltsrechtliche Unterrichtung. - Frau Dr. Diemert, bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine relativ kurzfristig vorgelegte haushaltsrechtliche Unterrichtung mit schlicht und ergreifend dem Titel: Unterrichtung gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung. Das ist die Vor-

lagennummer 1003/2021 und betrifft unsere regelmäßige Berichterstattung in Sachen Corona, in der wir über den derzeitigen Sachstand in Sachen Corona-Isolation und die weiteren Aussichten berichten. Sie kennen das schon. Das ist auch Gegenstand der regelmäßigen Berichterstattung im Finanzausschuss. Wir hoffen, dass wir Ihnen im nächsten Finanzausschuss dann wieder etwas aktuellere Daten vorlegen können. Wir sind im Moment mitten in den Jahresabschlussbuchungen, aber wir wollten es hier nicht versäumen, Ihnen auch in diesem Rat einen aktuellen Sachstandsbericht dazu vorzulegen. Wenn es Fragen gibt, beantworten wir sie natürlich gern. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Fragen an Frau Dr. Diemert? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.2 AchtBrücken GmbH hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2022-2024 0415/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 10. Änderung des Gesamtverkehrskonzepts der Stadt Köln hier: Trassenfreihaltung zur Fortführung der Äußeren Kanalstraße von Bilderstöckchen zum Niehler Ei als Radverkehrsstrasse 2891/2020

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss Anlage 5. Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Der FDP und der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



10.4 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str., 50968 Köln-Marienburg - Baubeschluss 2952/2020

Wortmeldungen? - Keine. Ich stimme ab wie BV Rodenkirchen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 0537/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Teilnahme der Stadt Köln am Landesprojekt „Guter Lebensabend NRW“ 0373/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt AN/0616/2021

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass der Integrationsrat vorab darüber informiert worden ist, warum eine Beschlussfassung der Vorlage in der heutigen Sitzung erforderlich ist.

Wortmeldungen? - Es gibt einen Änderungsantrag. Den lasse ich zunächst abstimmen und dann die Vorlage, die wir vorher hatten. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Bitte, Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin, der Integrationsrat hatte gar nicht getagt, und wir haben uns mit der Frage, ob eine Änderung möglich ist, natürlich sehr intensiv auseinandergesetzt. Schließlich wollen wir nicht, dass die Stadt Köln nicht an dem Programm teil-

nehmen kann. Wir haben ausdrücklich hier in unserem Änderungsantrag betont, dass uns das wichtig ist und dass wir das Programm des Landes begrüßen. Wir möchten nur möglichst viele Gruppen von Migranten erfassen und deshalb die eine Stelle, die über SBK hinausgeht, auf zwei aufteilen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um ein Landesprojekt von CDU und FDP, und dafür muss man sich bewerben. Bei diesen Bewerbungssachen gibt es Probleme; denn das ist relativ eingeschränkt. Die Verwaltung, also die Oberbürgermeisterin hat diese Vorlage erstellt, und diese Vorlage versucht, dieses Problem zu lösen, indem ein konkreter Akteur genannt wird. Das ist in diesem Fall gar nicht anders möglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen unterstützen wir - ich glaube, ich kann auch für die Kollegen von der SPD sprechen - diese Vorlage der Oberbürgermeisterin so, wie sie ist, weil es gar keinen anderen Weg als diesen gibt.

Ich bedanke mich, Frau Oberbürgermeisterin, dass Herr Oster auch noch einmal ausdrücklich alle Fraktionen angerufen und darum geworben hat, dass man dieser Vorlage - so, wie sie von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, gestellt worden ist - zustimmen sollte. Deswegen werden wir den Änderungsantrag ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt inzwischen doch eine andere Möglichkeit, Herr Detjen, obwohl es bis heute Morgen so richtig war. Aber inzwischen gibt es die Möglichkeit. Ich verweise auf Anlage 3. - Herr Dr. Rau bitte dazu.



Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist so, dass wir von der Bezirksregierung Arnsberg die Auskunft erhielten, dass wir theoretisch noch einmal einen Trägerwechsel machen können. Ich verweise allerdings darauf, dass das Zeit kostet und - wenn wir zu viel Zeit brauchen - dieses Projekt gefährdet ist. Wir kommen deshalb zum Vorschlag, dass die Verwaltung von Ihnen ermächtigt wird, eine Kriterienmatrix anzuwenden - das schaffen wir noch vor dem 01.04. - und in Anwendung dieser Matrix eine Auswahl der Träger gemäß Ihrer Vorstellung zu machen, um damit das Projekt quasi noch rechtzeitig an den Start bringen zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, in der Anlage steht sogar, dass es keine zeitliche Verzögerung gibt. - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich muss jetzt wirklich einige kritische Worte an dieser Stelle finden, weil es in der Tat genauso ist, wie Herr Detjen gesagt hat: Wir haben einen Anruf von Herrn Oster bekommen, in dem uns gesagt wurde, es sei eigentlich nicht möglich, den Träger zu wechseln.

Wir haben uns dann schlaugemacht; das war vor allem der Verdienst der Kollegen von der CDU-Fraktion, muss ich sagen, und dann haben sie auf einmal feststellen können, dass es doch möglich ist. Ich muss wirklich sagen: Da fühlt man sich als Sozialpolitikerin ein bisschen - ich sage es einmal vorsichtig - im Regen stehen gelassen.

(Zuruf: Verarscht!)

- Ja, wir können auch *verschaukelt* sagen.

Aber es kann doch nicht sein, dass wir uns im Grunde genommen selbst informieren müssen, dass das doch möglich ist, Herr Dezernent, wenn wir vorher von Ihnen ausdrücklich eine andere Auskunft bekommen haben. Das halte ich für sehr schwierig.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Detjen. Ich möchte jetzt aber zuvor einmal fragen, ob Ihnen die Anlage - ich habe sie nämlich heute erst unterschrieben - vorliegt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die ist in Session, ja!)

- Gut, die ist in Session. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Auf Grundlage der Einlassung von Herrn Dr. Rau würde ich folgenden Vorschlag machen, und zwar, dass wir diese Äußerung zu Protokoll nehmen und die Verwaltungsvorlage beschließen. Damit ist das Problem gelöst. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf: Guter Trick!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe zunächst über den Änderungsantrag abstimmen zu lassen. - Herr Büschges.

Matthias Büschges: (AfD) Ganz interessante Sachen sind hier wieder aufgetaucht. Offensichtlich ist die AfD-Fraktion von Herrn Oster, der unmittelbar neben uns sitzt, vergessen worden. Deswegen wollten wir die Anträge dementsprechend auch ablehnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Gut, dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und Herr Wortmann. Gegenstimmen? - AfD-Fraktion, SPD-Fraktion, DIE LINKE, Die PARTEI, GUT Köln und die KLIMA FREUNDE.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Herr Dr. Rau, können Sie das trotzdem bitte zu Protokoll geben?)

Ich kann Sie nicht verstehen, Herr Detjen.

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 51**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich bitte darum, die Äußerung von Herrn Dr. Rau zu Protokoll zu nehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, wir machen hier ein Wortprotokoll. Hier ist alles im Protokoll.

(Vereinzelt Beifall)

Gibt es Enthaltungen zum Änderungsantrag? Ich bin hier nämlich mitten in der Abstimmung. - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag beschlossen.

Dann ist die Vorlage mit den Ergänzungen aus dem Änderungsantrag abzustimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Abriss und Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Cohnenhofstraße o. Nr., 50769 Köln, Planungsbeschluss 0002/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen wie Bauausschuss Anlage 9, wie Finanzausschuss Anlage 10. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss 1898/2020

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Bauausschuss Anlage 10. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str., 51143 Köln, Baubeschluss 3660/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Bauausschuss Anlage 13, wie Finanzausschuss Anlage 14. Gegenstimmen? - AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht 2021 0162/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

10.11 ist zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

10.12 Schulsporthallen 2035/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Deutzer Hafen“ - ergänzendes Verfahren 0082/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.14 Kinderoper Köln - Förderung durch das Programm „Neue Wege“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit dem NRWKULTURsekretariat

**0062/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss Anlage 3. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erarbeitung der verbindlichen Bauleitplanung (fünf Teilbebauungspläne und ein Bebauungsplan-Änderungsverfahren) und der Durchführung der Vergabe von Fachgutachten für das Städtebauprojekt Parkstadt Süd
2948/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Dann ist bei Enthaltung von Herrn Wortmann so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Ankauf eines weiteren Drittels des Kunstwerkes Sympathische Kommunistin von Martin Kippenberger für das Museum Ludwig
3268/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Generalsanierung der Gemeinschaftsgrundschule Halfengasse 25 in 50739 Köln - Baubeschluss
2966/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wir stimmen ab wie die Vorlage. Die ergänzenden Hinweise der Bezirksvertretung Nippes zum Verkehr und für künftige Vorhaben nimmt die Verwaltung mit. Die beteiligten Dezernate haben bereits abgestimmt, dass vorrangig andere Flächen zu prüfen sind und eine Versiegelung von Landschaftsschutzgebieten und Parks nur das letzte Mittel sein kann.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Vergabe der institutionellen Förderung von Interessenvertretungen der freien Szene
0492/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln
Umgestaltung des Ebertplatzes - Bedarfsfeststellungsbeschluss
1939/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Erst haben die Grünen das Wort. Frau Seiger und dann Frau Recktenwald.

Christine Seiger (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als einer der großen Plätze ist der Ebertplatz ein wesentlicher Teil der Kölner Ringe. Aktuell hat der Platz leider immer noch die Gestalt, die ihm die Idee von der verkehrsgerechten, autogerechten Stadt vor 50 Jahren aufgezwungen hat - mit allen bekannten Folgen und Begleiterscheinungen.

Die Neugestaltung soll dazu führen, dass der Ebertplatz seine vielfältige Rolle souverän ausfüllen kann - als Teil des Ringsystems, Teil der Kölner Innenstadt und als lebenswerter Ort innerhalb seiner direkten Umgebung. Die heute anstehenden Beschlüsse sind ein Schritt auf diesem Weg.

Die Beschlussvorlage bezieht sich auf die Vorentwurfplanung für die Umgestaltung. Variante 1 folgt den Leitlinien Kölner Ringstraßen und sieht eine ebenerdige Gestaltung vor. Variante 2 folgt dem Gedanken einer Umgestaltung unter der Berücksichtigung des aktuellen Bestandes inklusive der Passagen. Sie umfasst auch die Prüfung einer



verbleibenden Nutzungsdauer des Passagenbauwerks und die Kosten für eine langfristig tragfähige Sanierung.

Das Ergebnis der Prüfungen soll Klarheit darüber schaffen, welche technischen und finanziellen Aufwände die verschiedenen Varianten mit sich bringen. Der Rat wird danach zu entscheiden haben, welcher Variante wir zutrauen, einen Platz auszuformen, der sich dann über viele Jahrzehnte hinaus bewähren und funktionieren kann.

Der gemeinsame Änderungsantrag nimmt zusätzlich zwei Dinge in den Blick: Die Vorprüfung künftiger Nutzungen des Platzes und die Frage nach einer möglichen Neuordnung der Flächenverteilung zwischen Straßenraum und Platzfläche.

Unser gemeinsamer Anspruch ist und bleibt, gründlich und zügig an einer Neugestaltung des Ebertplatzes weiterzuarbeiten, die es ihm ermöglicht, das zu sein, was er sein soll: ein lebenswerter, prominenter Teil des innerstädtischen Boulevards.

Wir freuen uns auf einen konstruktiven Prozess und die regelmäßigen Berichte. Ergänzend bittet meine Fraktion darum, die Berichte auch dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung zu stellen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst für das Engagement der Bürger- und Kunstinitiativen bedanken, das auch uns durchaus noch einmal zum Nachdenken über den Ebertplatz angeregt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Solche Beiträge beleben die Debatte und führen dazu, dass auch langjährige Positionen immer wieder neu begründet sein wollen.

Die SPD setzt sich schon lange für eine ebenerdige Lösung am Ebertplatz ein. Diese Lösung bietet unserer Meinung nach die besten Voraussetzungen, was Schnelligkeit, Realisierbarkeit und Flexibilität in der Planung angeht. Auch wenn durch bürgerschaftliches Engagement vieles verbessert wurde, so bleibt der Ebertplatz in seiner Struktur mit unübersichtlichen Ecken und zu viel Beton ein städtebauliches Problem, das es eben auch städtebaulich zu lösen gilt. Doch niemand kann hier heute in die Glaskugel blicken. Welches Verfahren am Ende am besten zum Ziel geführt hätte, werden wir erst in einigen Jahren wissen. Heute ist es wichtig, dass eines der größten städtebaulichen Projekte Kölns auf breiten Mehrheiten steht.

(Beifall bei der SPD)

Für die Zwischennutzung haben wir uns immer starkgemacht. Es ist selbstverständlich, dass die Ergebnisse der Zwischennutzung sowie der Bürgerbeteiligung in die Planungen mit einfließen: ober- oder unterirdisch. Auch wenn wir weiterhin glauben, dass sich die oberirdische Variante am Ende als beste Lösung erweisen wird, so ist es uns doch wichtig, größtmögliche Akzeptanz für das Projekt zu schaffen. Wir werden uns daher heute ebenfalls dem gemeinsamen Antrag anschließen und unseren Änderungsantrag zurückziehen.

(Beifall)

Der Ebertplatz ist als Gesamtgefüge zu denken, in dem Kultur, soziales Leben, Verkehr und Grün in einer guten Balance zueinander stehen sollten. - Danke.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Akzeptanz und Identifikation. Das sind zwei Worte, die uns letzten Freitag in einem Gespräch



mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort gespiegelt wurden. Das, was sich dort in den letzten Jahren entwickelt hat, muss der Rat - deswegen ist es toll, dass sich heute so viele Fraktionen hinter dem Änderungsantrag versammeln können - wertschätzen.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir die Chance jetzt ergreifen, für die nächsten 50 Jahre hier etwas richtig Gutes hinzusetzen, und dass wir das wertschätzen und aufnehmen, was sich in den letzten Jahren über die Zwischennutzung entwickelt hat. Deswegen ist es gut - das hat die Kollegin gerade gesagt -, dass das mit einer breiten Mehrheit beschlossen wird. Vielen Dank für die politische Kompromissfähigkeit und den Diskurs in dieser Sache. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es auch ganz kurz. Ich finde es ganz toll, dass wir einen Prozess durchlaufen sind, den wir vor Jahren angefangen haben und bei dem es eine vorgefertigte überwiegende Meinung gab: Wir müssen diesen Ebertplatz ebenerdig machen. Jetzt haben wir einen offenen Diskurs mit den Akteuren vor Ort und mit der Nachbarschaft. Wir haben gesehen, wie sich dieser Platz in den letzten Jahren entwickelt hat. Ich bin sehr froh, dass Politik an dieser Stelle auch so lernfähig ist, noch einmal einen Schritt zurückzugehen und sich das genau anzuschauen.

Wir würden weiterhin den Bestand präferieren, aber selbstverständlich werden wir uns auch genau die Untersuchungen ansehen und das anhören, was die Leute zu sagen haben, und dann eine Entscheidung fällen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich ein Novum, dass bei solch einem Tagesordnungspunkt direkt zwei Änderungsanträge unter dem Briefkopf der FDP auf dem Tisch liegen, die dann auch noch in unterschiedliche Richtungen gehen.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube aber, es ist ein gutes Zeichen auch für die Diskussionskultur, die wir im Stadtentwicklungsausschuss haben, dass wir sagen können: Wir können in einer solchen Frage auch schlauer werden.

Der erste Antrag, den wir gemeinsam mit der SPD gestellt haben und zu dessen Inhalt ich auch nach wie vor stehe, weil ich genau wie die Kollegin der Meinung bin, dass die oberirdische Lösung wahrscheinlich die tragfähigere ist, ist schon einige Wochen oder gar Monate alt, die Diskussion ist weitergegangen, und dem wollen wir uns nicht verschließen.

Ich habe mit dem Vorsitzenden des Bürgervereins Herrn Wennemar geschrieben. Da fragte er unter anderem: Warum seid ihr nicht dafür, das entsprechend unten zu untersuchen und zu erhalten? - Ich habe darauf gesagt: Herr Wennemar, ich gehe davon aus, dass der Erhalt des Unterirdischen oder das Aufwerten der inneren Nutzung einen zweistelligen Millionenbetrag kosten wird. - Da fragte Herr Wennemar: Wie kommen Sie darauf? - Darauf antwortete ich: Ja, das sagt meine Lebenserfahrung. Wenn wir in Köln so etwas anpacken, dann kostet das so viel. - Darauf sagte er: Ja, Ihre Lebenserfahrung, Herr Sterck, reicht mir bei aller Wertschätzung nicht, sondern das wollen wir untersucht haben. - Diesbezüglich gebe ich ihm auch recht.

Insofern wollen wir das jetzt entsprechend umsetzen, damit wir wirklich belastbare Zahlen und ein belastbares Nutzungskonzept haben, was uns dort unten erwartet. Wir haben gerade auf die Fra-

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 55**

(vom Redner ungelesene Fassung)

gen des Brandschutzes, der energetischen Sanierung und des Zeitplans Wert gelegt, dass darüber regelmäßig an die Gremien berichtet wird, wie es weitergeht, damit es am Ebertplatz weitergeht.

Insofern haben wir heute eine große, breite Mehrheit in diesem Rat für eine weitere Untersuchung, dass es am Ebertplatz weitergeht. Das ist, glaube ich, für den Anfang eines solchen Prozesses sehr, sehr wichtig. Wir werden aber dann irgendwann dazu kommen müssen, uns für den einen oder anderen Weg zu entscheiden. Das wird dann noch einmal eine härtere Auseinandersetzung werden. Aber da schauen wir uns dann die Ergebnisse der Untersuchungen an, die wir haben.

Herzlichen Dank an alle aus der Bürgerschaft, aus der Politik, die sich an diesem Prozess beteiligt haben. Ich bin sehr froh, dass wir heute diese breite Mehrheit hier finden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich noch Frau Syndicus auf der Redeliste.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ebertplatz ist einer der wenigen tatsächlich großen Plätze in Köln. Nehmen wir andere wie den Friesenplatz oder den Barbarossaplatz fällt schnell auf: Der Zusatz *Platz* im Sinne einer Begegnungsstätte für Bürger*innen ist hier eher unglücklich gewählt.

Zum Ebertplatz gab es in den letzten Jahren viele Schlagzeilen im negativen und im positiven Sinne. Lange Zeit zum Angstort verkommen, unter anderem durch Sparmaßnahmen seitens der Stadt, wie dem Abschalten der Rolltreppen, formierte sich eine besondere Bürgerbeteiligung, und es zog wieder Leben ein.

Ja, mittlerweile ist der Ebertplatz wieder zu einem Ort der Begegnung und des Verweilens geworden. Die Kunstschaffenden in den Passagen trugen einen großen Teil dazu bei. Das *Labor* ermöglicht seit über 15 Jahren Kunst im öffentlichen

Raum und macht diese erfahrbar für Menschen auch jenseits eines Museumsbesuchs. Bei der Neugestaltung sollten die Akteure*innen rund um die Nutzung des Ebertplatzes unbedingt mit einbezogen werden.

Nur eine Planungsvariante weiter zu verfolgen ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die sich hier eingebracht haben, und führt nur zu einem Vertrauensverlust in die Politik. Wir sind gewählte Vertretende der Bürger und Bürgerinnen, und es ist unsere Aufgabe, ihnen zuzuhören und sie einzubeziehen.

Wir können die Stadt nicht glattbügeln durch einfaches Schließen oder Zuschütten von sogenannten Angsträumen. Die Probleme werden sich dann einfach an anderer Stelle wiederfinden.

Im Kulturentwicklungsplan ist festgelegt, dass es keine ersatzlose Streichung von Kunsträumen und Ateliers mehr geben darf bzw. diese Flächen ausgeglichen werden müssen. Doch was heißt das genau? Wenn die Fläche in Form der Quadratmeterzahl ausgeglichen wird, der Standard jedoch plötzlich ein ganz anderer ist, und wenn es heißt, man könnte die Kunsträume doch oberirdisch neu bauen nach Umgestaltung des Ebertplatzes, dann bin ich sehr gespannt, ob tatsächlich ein mindestens 400 Quadratmeter großes Kunsthaus auf dem Ebertplatz stehen wird; denn so umfassend sind die Räumlichkeiten in den Passagen. Und wo erfolgt die Unterbringung in der Zwischenzeit? - In Köln weiß man: Nichts hält so lange wie das Interim.

Beide Planungsvarianten sollten weiterverfolgt und die beste Lösung gefunden werden, aber bitte auch mit Rücksicht auf Umwelt und Klima. Wir können noch so umweltfreundlich bauen, nichts ist umweltfreundlicher als der Erhalt von Substanz.

Mit Blick auf die Architektur möchte ich sagen: Der Brutalismus ist nicht jedermanns Sache, aber wie oft hat man sich Jahrzehnte später doch geärgert, wenn man ganze Baustile aus dem Stadtbild verbannt hat, nur weil sie dem aktuellen Geschmack nicht mehr entsprachen? - Ich bin dankbar, dass

die Akteure und Akteurinnen rund um den Ebertplatz so laut geworden sind, dass wir nicht anders können, als ihnen zuzuhören. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat erst Frau Gabrysch das Wort und anschließend Herr Hupke.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich mache es auch kurz.

Ich freue mich auch mal wieder sehr - so, wie schon in der letzten Sitzung -, dass hier alle doch so kompromissfähig sind und sich geeinigt haben. Das ist immer wieder erfreulich.

Ich schließe mich meiner Vorrednerin absolut an: Der Ebertplatz ist in den letzten Jahren zu einer Kunst- und Kulturstätte geworden. Ich würde fast schon sagen: eine Kultstätte.

Wir müssen das absolut erst einmal prüfen. Ich würde sogar fast so weit gehen, zu sagen: Ich hoffe, dass bei der Analyse herauskommt - nicht so, wie eben gesagt wurde, dass wir dann so wieso sehen werden, dass die oberirdische Variante die einzig sinnvolle Lösung ist -, dass wir feststellen werden, dass vor allem unter Klimaschutzgesichtspunkten die Bestandswahrung die sinnvolle Variante ist, und dann dementsprechend hier eine Entscheidung getroffen wird. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommt Herr Bezirksbürgermeister Hupke und spricht das Schlusswort bitte.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Zeitzuge als einer, der 1974 in die Innenstadt gezogen ist und den ganzen Bau der Unterpflasterbahn mitbekommen hat und damit auch vom Ebertplatz, der 1977 - wenn ich richtig liege - eröffnet wurde.

Ich will Folgendes in Erinnerung rufen: Dieser Ebertplatz wurde damals weder vom Oberbürgermeister noch vom Oberstadtdirektor, den es damals noch gab in der Doppelspitze, noch von einem Direktmandatratsmitglied eröffnet, sondern vom Ersten Bezirksvorsteher Horst Schoeler, SPD, nach der kommunalen Neugliederung. Er hat den Platz eröffnet.

Der Ebertplatz - das will ich auch in Erinnerung rufen - war lange Zeit sehr beliebt und auch sehr belebt. Warum ist er nun so abgerockt? - Das waren die Sparmaßnahmen, das war das Abschalten des Brunnens, das war das Einstellen der Pflegemaßnahmen und auch - wie eben gesagt wurde - das Abschalten der Rolltreppen. Der Platz wurde einfach vergessen. Das ist das Gefährliche, wenn man sagt: Na ja, wir bauen den neu, aber dann wird nichts mehr gemacht.

Jetzt bringe ich - dafür bin ich da - die Bezirksvertretung ins Spiel, die sich bereits vor zehn Jahren darum gekümmert hat, weil die Probleme auf dem Ebertplatz vorhanden waren. Sie sind dann noch dadurch eruptiert, dass zwei Totschlagsfälle geschehen sind. Insofern hat die Bezirksvertretung schon viel früher gesagt: Es kann nicht sein, es darf nicht sein, es darf auch nicht so weitergehen, dass dieser Platz so verkommt. So kann man das auch ausdrücken. Insofern haben wir Beschlüsse gefasst.

Der Ebertplatz liegt glasklar in der Kompetenz des Rates - das habe ich heute hier erfahren; und das ist auch so -, aber wir sind in der Beratungsfolge. Ich sage hier sehr selbstbewusst: Bei allem, was am Ebertplatz und aus den diesbezüglichen Entscheidungen folgt, sind wir in der Beratungsfolge dabei. Wir wollen auch alle Informationen erhalten, weil wir das weiter begleiten wollen und auch weiter begleiten werden, was wir dort bereits geleistet haben, bevor all das abging. Da lassen wir uns auch nichts wegnehmen.

Dass die Künstler dort sind, haben wir beschlossen. Wir haben mit ihnen auch zusammengearbeitet. Dann wurde das von der Verwaltung bzw. vom Stadtraum-Management aufgenommen. Das muss man deutlich sagen. Dort kamen weitere Künstler, die Bürgergemeinschaft etc. pp. und dann auch der Rat. Insofern bitte ich darum, dass

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 57**

(vom Redner ungelesene Fassung)

das in diese Richtung läuft, beschlossen wird, und dann können wir weiter an einem Strang ziehen, dass das ein guter Platz wird. - Danke fürs Zuhören.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Keine weiteren Wortmeldungen? - Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag, dem sich jetzt auch die SPD-Fraktion angeschlossen hat. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD und von Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung bei Ziffer 1 abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.20 Verlängerung der Fristen für die Corona-Sondermaßnahmen 0978/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Ich bin froh, dass die Vorlage vorliegt. Sie entspricht auch dem, was wir im Ausschuss Kunst und Kultur tatsächlich diskutiert und beschlossen haben. Allerdings fehlt mir ein Teil. Deswegen möchte ich nachfragen, und zwar: Eigentlich ist es die Voraussetzung, dass man - wenn die Fristen verlängert werden - dann auch beantragen kann, aber zum Beantragen fehlt uns immer noch das Konzept der Förderung der Open-Air-Angebote. Das wurde uns für die heutige Ratssitzung zugesagt, und das sollte das Umfassende sein, damit dann auch entsprechende Anträge gestellt werden können.

Jetzt ist meine Nachfrage: Wie sieht es mit diesem Konzept aus? Wann kommt das? - Es ist

schließlich unbedingt notwendig, dass wir das haben. Ansonsten können diejenigen, die etwas veranstalten wollen, gar nicht loslegen; und es ist schon Ende März. Die nächsten Sitzungen sind im April. Dann wird es, ehrlich gesagt, richtig spät, wenn man noch irgendetwas stemmen und planen möchte. Selbst wenn man erst im Mai oder Juni anfangen kann, muss man dennoch einen Vorlauf von einigen Monaten haben. Deswegen die Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir hatten darum gebeten, die Nachfragen schriftlich zu stellen. Wir werden sie auch schriftlich beantworten.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Vorlage ist so kurzfristig reingekommen!)

Bei uns kommen die Vorlagen auch über Nacht rein, sogar während der Sitzung. Das ist leider so. Aber wir beantworten sehr schnell, Frau Bürgermeisterin von Bülow.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Vorlage. Es stellt sich die Frage, ob sie ohne die Antworten abstimmungsfähig ist. - Das ist der Fall. Dann stelle ich sie zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

TOP 11.1 ist zurückgestellt.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58485/02 0005/2021

Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

**5. Sitzung vom 23. März 2021****Seite 58**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ich könnte jetzt ganz lange ausholen, warum wir an dieser Stelle Beratungsbedarf noch haben. Wir haben ihn, und ich versuche mich kurzzufassen.

Die Beantwortung einer Anfrage kam heute herein. Diese ist schon sehr gut. Wir haben dennoch eine Nachfrage. Deswegen Beratungsbedarf.

Wenn ich auf die Uhr schaue, habe ich das in 20 Sekunden geschafft.

Erlauben Sie mir den selbstkritischen Hinweis an uns alle: Das hier ist Stunde 4 in Corona-Zeiten. Ich glaube, wir könnten uns alle ein bisschen kürzer fassen.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das werte ich als Vertagungsantrag. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

12.2 ist zurückgestellt.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 74410/02
3510/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

**16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Goldneselweg von Kreisverkehr bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth
0297/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tausendschönweg von Sürther Feldallee bis öffentliche Grünfläche in Köln-Sürth
0370/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**16.3 Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
3228/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Feldgärtenstraße von Hillesheimstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl
2350/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**16.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hermann-Löns-Straße/An den Seen von Parzellen 259 und 261 einschließlich bis Hermann-Löns-Str. 78r bzw. An den Seen einschließlich in Köln-Auweiler
3152/2020**



Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf Tagesordnungspunkt

17 Gremienbesetzungen

Bevor wir mit der ersten Abstimmung beginnen - jetzt kann es wirklich genau auf die Stimmzahl ankommen -, möchte ich die heutige Anwesenheit kurz für das Protokoll festhalten. Ich bitte die Geschäftsführer, mir ein Zeichen zu geben, wenn ich hier nicht richtig unterwegs bin.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit allen 26 Mitgliedern vertreten?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist richtig!)

Bei der SPD sind es 18?

(Mike Homann [SPD]: Ja!)

Bei der CDU-Fraktion sind 18 Mitglieder anwesend?

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, richtig!)

Die Fraktion DIE LINKE ist mit sechs Mitgliedern anwesend,

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

die FDP mit fünf,

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

Volt mit vier und die AfD-Fraktion mit drei Mitgliedern vertreten. Bei den drei Ratsgruppen sind jeweils beide Ratsmitglieder da,

(Zuruf: Ja!)

auch wenn ich jetzt nicht mehr alle sehe, aber gut, sie kommen wieder.

(Zuruf: Wir verstecken uns hin und wieder!)

- Ja, Sie verstecken sich sowieso dort hinten, aber das liegt auch wirklich daran, dass Sie genau hinter Ihrem Vordermann sitzen.

Herr Wortmann ist ebenfalls anwesend, wie wir schon bemerkt haben.

Mit der Oberbürgermeisterin sind heute 88 Mitglieder anwesend. Das ist jetzt die Grundlage, auf der die Gremienbesetzungen erfolgen.

Ich beginne mit Tagesordnungspunkt

17.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend „Bildung von Unterausschüssen“ AN/1392/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt AN/1520/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion AN/0245/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Zum Änderungsantrag, ja.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion begrüßt natürlich die Schaffung von Unterausschüssen, die die Ausschussarbeit inhaltlich unterstützen und vorbereiten sollen. Aber hier wird nach § 50 Gemeindeordnung NRW - wie von den antragstellenden Fraktionen offensichtlich gewünscht - eine kleine illustre Runde gewählt, die nur ausgewählte Mitglieder zulässt. Das widerspricht aber dem vielfältigen und diversen Stadtrat in jeder Hinsicht. Denn wenn Sie wirklich die Ausschussarbeit inhaltlich unterstützen wollen, sollten Sie mehr Mitglieder haben. Auch Meinungen kleiner Gruppen oder Fraktionen sind in den meisten Fällen sicher hilfreich.

Um die Diversität und Vielfalt des Stadtrats sicherzustellen, beantragen wir, diese Ausschüsse nach § 58 zu wählen, um diese Runden zu erweitern.

§ 58 Gemeindeordnung NRW ist *lex specialis* zu § 50 Gemeindeordnung NRW. Das ergibt sich zum einen aus der Überschrift, die bei § 58 GO



NRW *Zusammensetzung der Ausschüsse und ihr Verfahren* lautet. Zum anderen ergibt sich aus § 50 Gemeindeordnung NRW erst dann die Frage nach der Zusammensetzung der Ausschüsse, wenn sich die Ratsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag einigen. Bei § 50 geht es also in erster Linie um die Frage, wie abgestimmt wird.

Die Geschäftsführer unter Ihnen werden sicher die Mail an ihre Fraktionen weitergeleitet haben, in der ich als Geschäftsführer der AfD-Ratsfraktion Ihnen schon damals die Hand reichte, um einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Ausschüsse zu erarbeiten. Bis heute sind uns die Geschäftsführer der Fraktionen mindestens eine Antwort schuldig.

Ich möchte es noch einmal betonen: Für konstruktive Gespräche steht die AfD-Fraktion selbstverständlich bereit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag selbst. Ich lasse zunächst über die Beschlusspunkte 1 und 2 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine.

Meine Damen und Herren, die vorab eingereichten Wahlvorschläge sind in der Präsentation, die Ihnen als Sitzungsunterlage im Ratsinformationssystem vorliegen müsste, eingestellt. Wie ich bisher sehen kann, gibt es bei den stimmberechtigten Mitgliedern keinen gemeinsamen Wahlvorschlag. Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zunächst der Unterausschuss Stellenplan, Punkt 3. Jetzt beginne ich mit den Vorschlägen. Vor-

schlag 1 Grüne. Wer stimmt dafür? - 26. Vorschlag 2 SPD? - 18. Vorschlag 3 CDU? - 18. Vorschlag 4? - DIE LINKE. Vorschlag 5? - Die FDP und Herr Wortmann. Vorschlag 6? - Volt komplett. Vorschlag 7? - Die AfD. Vorschlag 8? - Die Ratsgruppe GUT, KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Das sind sechs. Ich habe es verstanden.

Michael Hock (Die PARTEI): Frau Reker, eine kurze Wortmeldung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Wir haben hier hinten Internetprobleme und können die Vorlagen nicht aufrufen. Es wäre sehr hilfreich, wenn Sie immer vor der Nummer des Vorschlages noch einmal die Partei nennen, damit uns da nichts durchgeht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind bei TOP 17.1: Bildung von Unterausschüssen, hier Unterausschuss Stellenplan.

Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Noch einmal zur Erläuterung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann Sie jetzt nicht verstehen. Bitte gehen Sie ganz nah an das Mikrofon.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Ja. - Noch einmal zur Erläuterung. Ich möchte Herrn Hock unterstützen. Wir können die Präsentation nicht sehen, also einzelne Mitglieder des Rates haben die Präsentation nicht. Daher bitten wir Sie, bei den Listen noch einmal kurz zu sagen, von wem



5. Sitzung vom 23. März 2021

Seite 61

(vom Redner ungelesene Fassung)

die Liste ist, also nicht einfach nur *Vorschlag 7* sagen, sondern bitte jedes Mal auch die Liste und von wem sie ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich dachte, das hätte ich getan.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Nein, manchmal haben Sie es leider vergessen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, ich sage es jetzt noch einmal.

Vorschlag 1 waren die Grünen, Vorschlag 2 die SPD, Vorschlag 3 die CDU, Vorschlag 4 DIE LINKE, Vorschlag 5 die FDP, Vorschlag 6 Volt, Vorschlag 7 AfD, Vorschlag 8 die Ratsgruppe GUT.

Damit ergibt sich jetzt hier folgende Sitzverteilung: Alle Personen aus den Vorschlägen 1 bis 6 und 8 sind als stimmberechtigte Mitglieder in den Ausschuss gewählt. Auf den Vorschlag 7 ist kein Platz entfallen.

Ich muss trotzdem noch einmal fragen: Wieso können Sie das nicht sehen? Woran liegt das?

(Zuruf: Wir haben hier Internetprobleme!)

Dafür haben wir einen großen Raum. Man kann nicht alles haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bitte das zu entschuldigen, das war jetzt ein bisschen despektierlich. Bitte noch einmal neu einwählen. Das geht immer wieder weg? - Es tut mir wirklich leid. Damit habe ich jetzt auch nicht gerechnet.

Wir versuchen das jetzt bitte trotzdem, weil es wichtig ist, dass wir die Gremienbesetzungen heute abschließen. Ich versuche, so deutlich wie möglich zu sagen, was gewählt wird und wer das Vorschlagsrecht hat.

Ich bin noch bei TOP 17.1, der Bildung von Unterausschüssen: Unterausschuss Selbsthilfegruppen.

Vorschlag 1 von Bündnis 90/Die Grünen? - Alle stimmen mit, 26. Vorschlag 2? - Die SPD stimmt komplett für ihren Vorschlag. Vorschlag 3 der CDU? - Auch da komplett alle 18. Vorschlag 4 von DIE LINKE? - 6. Vorschlag 5 der FDP? - Die FDP und Herr Wortmann. Vorschlag 6 von Volt? - Das sind Volt. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von Die PARTEI? Sehe ich es richtig, dass hier wieder die drei Ratsgruppen für diesen Vorschlag der PARTEI stimmen? - Das ist so, ja.

Dann ergibt sich jetzt die Sitzverteilung 1 bis 6 und 8. Es gibt keinen Platz für die Liste der AfD.

Ich bin immer noch bei der Bildung von Unterausschüssen, TOP 17.1, hier Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit.

Vorschlag 1 der Grünen? - Komplett. Vorschlag 2 der SPD? - Ebenso komplett. Vorschlag 3 der CDU? - Komplett. Vorschlag 4 von DIE LINKE? - Komplett. Vorschlag 5 der FDP? - Ebenfalls komplett plus Herr Wortmann. Vorschlag 6 von Volt? - Auch komplett. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von KLIMA FREUNDE? Darf ich die drei Ratsgruppen erwarten? - Ja, das ist so: 6 Stimmen.

Dann sind hier auch wieder die Vorschläge 1 bis 6 und 8 angenommen. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein stimmberechtigtes Mitglied.

Ich bin jetzt beim Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit. Da wäre eine Abstimmung als gemeinsamer Wahlvorschlag möglich für die beratenden Mitglieder. Eben haben wir die stimmberechtigten Mitglieder gewählt, und jetzt wählen wir die beratenden Mitglieder. Da wäre meines Erachtens ein gemeinsamer Wahlvorschlag möglich. Jetzt können Sie das nicht nachvollziehen. Geht es trotzdem?

(Zuruf: Das machen wir!)

Okay, dann stelle ich das zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.



Dann gibt es hier einen gemeinsamen Wahlvorschlag, und es entfallen auf den Vorschlag 1 bis 6 plus den Vorschlag 8 die Stimmen. Den Vorschlag 7 gab es gar nicht; der wurde gar nicht berücksichtigt.

Dann komme ich jetzt zum Unterausschuss Wohnen, und zwar zunächst zu den stimmberechtigten Mitgliedern.

Vorschlag 1 der Grünen? - Komplett. Vorschlag 2 der SPD? - Komplett. Vorschlag 3 der CDU? - Komplett. Vorschlag 4 von DIE LINKE? - Auch da komplett. Vorschlag 5 der FDP? - FDP plus Herr Wortmann. Vorschlag 6 von Volt? - Komplett. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von Die PARTEI? - Dafür stimmen alle drei Ratsgruppen.

Dann haben wir auch hier wieder Vorschlag 1 bis 6 und Vorschlag 8. Vorschlag 7 geht bei den stimmberechtigten Mitgliedern leer aus.

Wir sind bei Tagesordnungspunkt 17.1: Bildung von Unterausschüssen Wohnen, hier aber bei den beratenden Mitgliedern. Auch hier wäre wieder eine Abstimmung als gemeinsamer Wahlvorschlag möglich. Gibt es da Einvernehmen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch hier Vorschlag 1 bis 6 und 8 gewählt.

Wir sind immer noch bei 17.1, meine Damen und Herren. Wenn nach dem Ergebnis der Wahlen eine Fraktion in den Unterausschüssen nicht stimmberechtigt vertreten ist, werden auch hier weitere beratende Mitglieder bestellt. Die AfD-Fraktion hat vorab erklärt, dass dann die bereits vorgeschlagenen Personen als beratende Mitglieder benannt werden sollen. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

17.2 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Benennung der acht Delegierten der Stadt Köln 0219/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) AN/0614/2021

Vorschlag 1 der Grünen? - Komplett. Vorschlag 2 der SPD? - Minus 1. Vorschlag 3 der CDU? - Minus 1. Vorschlag 4 der LINKEN? - DIE LINKE plus 1. Vorschlag 5 der FDP? - Die FDP plus Herr Wortmann plus eins. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Dann haben wir hier gewählt als stimmberechtigte Mitglieder nach den Vorschlägen 1 bis 5.

Wir sind noch bei 17.2 - ich habe so viel Papier hier -, und zwar beim Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE und von Herrn Wortmann.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft hier: Entsendung in den Stiftungsrat 1583/2020

Da gibt es einmal den Vorschlag der Grünen. - Dem wird zugestimmt. Der SPD? - Auch hier. CDU? - Vollständig. DIE LINKE? - Auch vollständig. Vorschlag der AfD? - 3 Stimmen. 1 bis 4 sind gewählt.

Wir müssen hier noch über Punkte in der Vorlage abstimmen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das auch abgestimmt.

Tagesordnungspunkt

17.4 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat 1956/2020



Hier könnten wir eine gemeinsame Liste aus den Vorschlägen 1 bis 4 bilden. Gibt es da Zustimmung? Ja? - Es liegt noch ein Vorschlag der AfD vor.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann können wir gern eine gemeinsame Liste machen!)

Dann stimme ich zunächst über die gemeinsame Liste ab. Wer ist dafür? - DIE LINKE, SPD, Grüne, CDU. Gegenstimmen kann ich nicht sehen.

Dann rufe ich den Vorschlag 7 auf - das ist der Vorschlag der AfD -: 3 Stimmen. Dann ist die gemeinsame Liste beschlossen.

Jetzt muss ich die übrigen Punkte der Vorlage abstimmen wie eben. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt:

17.5 Wahl des Naturschutzbeirates bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Köln 2418/2020

Hier gibt es nur einen Beschluss, wie Umweltausschuss Anlage 12. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von FDP und Herrn Wortmann. Dann ist das bei den Enthaltungen von FDP und Herrn Wortmann so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstärkung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Wahl der Ratsmitglieder 3011/2020

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt
AN/0604/2021**

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Wir hätten bei uns bei der Stellvertretung nicht Herrn Lars Wahlen, sondern Herrn Manfred Giesen - bei den Stellvertretern.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei 17.6, ja. Dann habe ich Herrn Derichsweiler und als Stellvertreter Manfred Giesen. So stimmt es, okay.

Auch hier könnten wir mit dieser Änderung eine gemeinsame Liste von 1 bis 5 bilden. Gibt es da Einvernehmen?

(Zurufe: Ja!)

Dann lasse ich über die gemeinsame Liste abstimmen. - DIE LINKE, SPD, Grüne, CDU, FDP, Volt und Herr Wortmann; er gehört für mich in der Abstimmung zur FDP. Dann ist diese Liste abgestimmt.

Aber wir brauchen noch den Vorschlag 7 und 8. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von den Ratsgruppen? - 6 Stimmen der Ratsgruppen für Frau Gabrysch und Herrn Dr. Akude.

Dann sind 1 bis 5 gewählt, weil es fünf Mitglieder gibt.

Dann muss ich über die Vorlage noch einmal in der Fassung des Änderungsantrages abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua 3029/2020

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie viele Vorschläge liegen da vor?)

Da liegen sechs Vorschläge vor. 1 bis 5 könnten eine gemeinsame Liste bilden. - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei



dem SPD-Vorschlag muss das anstatt Maria Helmis Elfi Scho-Antwerpes heißen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und wer vertritt dann?

(Mike Homann [SPD]: Eva Bürgermeister!)

Okay, das bleibt dabei.

Dann könnten wir aber trotzdem meines Erachtens mit dieser Änderung eine gemeinsame Liste bilden. Besteht darüber Einvernehmen? - Die gemeinsame Liste wäre dann gebildet durch die Vorschläge 1 bis 5. Dann bitte ich um Zustimmung. - DIE LINKE, SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP, Volt und Herr Wortmann.

Es gibt darüber hinaus einen Vorschlag der AfD. Den bitte ich zu votieren. - AfD-Fraktion, 3 Stimmen. Das heißt, die Liste ist gewählt.

Jetzt stimme ich über die übrigen Punkte der Vorlage ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025
3078/2020**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt
AN/0605/2021**

Hier gibt es einen gemeinsamen Änderungsantrag, und zwar soll da beschlossen werden, einen Vertreter/eine Vertreterin der im Gesundheitsausschuss stimmberechtigten Fraktionen zu entsenden. Insgesamt gibt es sechs Mitglieder. Hier brauchen wir gar keine Liste. Ich lasse erst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Dann lasse ich die Vorlage mit der soeben beschlossenen Änderung und den Vorschlägen, die

Sie gemacht haben, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Neuberufung Wohnungsbauforum Köln
3167/2020**

Aktualisierter Beschlussvorschlag Anlage 2. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Neubestellung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren
0774/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.11 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss
0538/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden
3222/2020**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt
AN/0606/2021**

Den Änderungsantrag lasse ich zunächst abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Dann lasse ich die geänderte Beschlussvorlage aus Anlage 1 mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



17.13 MAKK-Förderstiftung-Bestellung des Kuratoriums 3024/2020

Auch hier soll je ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der im Ausschuss Kunst und Kultur stimmberechtigt vertretenen Fraktionen entsandt werden, insgesamt sechs Mitglieder. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.14 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement 3288/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt AN/0607/2021

Über den Änderungsantrag lasse ich zunächst abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Über den geänderten Beschlussvorschlag aus Anlage 1 mit der soeben beschlossenen Änderung lasse ich jetzt abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.15 Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für den Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Köln 0506/2021

Hier könnte man eine gemeinsame Liste machen, wenn Sie das wünschen.

Michael Hock (Die PARTEI) Eine Wortmeldung kurz von der PARTEI.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Frau Reker, danke schön. - Ja, es ist so, dass wir noch einen Vorschlag eingereicht haben. Ich kann den jetzt hier in der ausgedruckten Version nicht sehen. Da gibt es einen Herrn Markus Kompa.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben einen Vorschlag eingereicht, ja: Markus Kompa und Vertreter Michael Hock.

Michael Hock (Die PARTEI): Das bin ich. Danke schön. Das wollte ich nur klarstellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das ist schon so. 1 bis 6 würden eine gemeinsame Liste bilden. Vorschlag 7 würde extra abgestimmt werden und auch Ihr Vorschlag als Vorschlag 8.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Keine gemeinsame Liste!)

- Keine gemeinsame Liste, okay.

Dann rufe ich jetzt den Vorschlag der Grünen auf. - Komplett. Vorschlag der SPD? - Minus 3. Vorschlag der CDU? - Minus 2. Den Vorschlag der LINKEN? - Das ist DIE LINKE und eine. Vorschlag der FDP? - Das ist die FDP, Herr Wortmann. Und leihen Sie sich noch eine Stimme von der CDU?

(Ralph Sterck [FDP]: Leihstimme!)

Nein, natürlich nicht. Entschuldigen Sie bitte vielmals. Wie kann man das sagen? - Ich nehme alles zurück. Die Stimme ist abgegeben für die Liste der FDP.

Ich komme zum Vorschlag 6 von Volt. - Das ist Volt. Wer wünscht, für Volt zu stimmen? - Dreimal die SPD. Vorschlag 7 der AfD? - 3 Stimmen. Vorschlag 8 von den Ratsgruppen? - 6 Stimmen.

Damit sind die Vorschläge 1 bis 6 gewählt und 7 und 8 entfallen.

Ich lasse über die restliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.17 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der StadtAG LST 0900/2021

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.18 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 0894/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Digitalisierungsausschuss - sachkundige Einwohner*innen“ AN/0611/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Zustimmung zur Beteiligung der Stadt Köln am Förderprojekt „IDunion“ im Rahmen des Innovationswettbewerbs „Schaufenster Sichere Digitale Identitäten“ des BMWi 0233/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes aufgrund von Covid-19 in den Ganztagsangeboten der Sekundarstufe I und in der Kurzbetreuung bzw. „Schule von acht bis eins“ in der Primarstufe für Januar 2021 0302/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

18.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0403 - Römisch-Germanisches Museum - für das Haushaltsjahr 2020 3246/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Bevor wir jetzt in den nichtöffentlichen Teil eintreten, schlage ich im Nachgang vor, den TOP 24.8 im nichtöffentlichen Teil zuzusetzen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der zugesetzt.

Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.09 Uhr)



Anlage

zu Tagesordnungspunkt 4.1

zu Protokoll gegebene Nachfragen zur Beantwortung der Verwaltung auf die Fragen der SPD-Fraktion AN/0226/2021

- 1. Laut Aussage der Verwaltung soll sich die neue Gesellschaft ausschließlich mit bisher noch nicht personalisierten Schulbaumaßnahmen befassen - also in Ergänzung zur GW am Schulbau arbeiten. Wo und wie wird das Personal für die Gesellschaft akquiriert, wenn angenommen wird, dass das Personal der GW nicht in die Gesellschaft wechselt?*

- 2. In welchem Zeitfenster plant die Verwaltung die Gründung der Gesellschaft, wann werden Geschäftsführung und Aufsichtsrat Ihre Arbeit aufnehmen können und die Aufgabenstruktur einschließlich Auftraggeber-/Auftragnehmer-Verhältnis festgelegt sein?*